

Helmut Kohl: Vor einer Richtungswahl

„Mit Respekt und Anerkennung“ hat der Bundesvorstand die Wahlkampfleistung von Christian Wulff und der CDU in Niedersachsen gewürdigt: Die Partei hat mit großer Leidenschaft gekämpft und ein hohes Maß an Sachkompetenz bewiesen.

Die wirkliche Lage des Landes Niedersachsen hat indes nicht im Mittelpunkt der Auseinandersetzung gestanden; denn die Sozialdemokraten haben aus dem Landtagswahlkampf eine Vorentscheidung über ihren Kanzlerkandidaten gemacht.

Der CDU ist es nicht gelungen, diese Verfälschung der Wahl zu verhindern, und insofern ist das Wahlergebnis, wie der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Christian Wulff am 2. März im Konrad-Adenauer-Haus sagte, „sehr enttäuschend für uns“.

Die Konsequenz ist klar: Schröder wird in Zukunft nicht mehr ausweichen können. Er wird ab sofort Farbe bekennen müssen: in der Europapolitik, in der Außen- und Sicherheitspolitik, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, beim Thema Bundeswehr. Helmut Kohl: Wir werden ihn stellen und genaue Antworten auf die Frage fordern: Wofür stehen Sie, Herr Schröder?

Auch die Ausgangslage ist klar: Die Bundestagswahl am 27. September ist eine Richtungswahl, die Wahl zwischen CDU/CSU und FDP auf der einen Seite und Rot-Grün auf der anderen.

Fortsetzung auf Seite 3

HEUTE AKTUELL

● Landtagswahl

Christian Wulff: In Niedersachsen wieder Landespolitik machen. Seite 4

Wahlanalyse der Konrad-Adenauer-Stiftung. Seite 6

Das vorläufige amtliche Endergebnis. Seite 10

Pressestimmen: Hannover ist nicht Bonn. Seite 15

● Bundestagswahl

Generalsekretär Peter Hintze: Deutschland vor der Richtungsentscheidung. Seite 16

● Europa

Bundeskanzler Helmut Kohl: Der EURO kommt pünktlich zum vereinbarten Zeitpunkt. Seite 20

● Krankenversicherung

Großartiger Erfolg der Gesundheitsreform. Seite 24

● „Bodenreform“

Rechte und Ansprüche werden in keiner Weise eingeschränkt. Friedrich Bohl zum Zwischenbericht des CDU/CSU-Arbeitskreises „Enteignungen 1945–1949“. Seite 31

● Kurz & bündig

ARGUMENTE. Zum Studium in den neuen Bundesländern. Seite 43

Mehr Aufträge im Bau durch niedrige Zinsen

Ungefähr 100.000 Arbeitsplätze in der Baubranche könnten mit Investitionen in Höhe von 22 Milliarden Mark ein Jahr lang gesichert werden. Den Anstoß dazu sollen zinsverbilligte Darlehen geben. Wie Bundesbauminister Eduard Oswald am 16. Februar angekündigt hat, sollen die Mittel dafür von der bundeseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) aufgebracht werden.

Auf rund 1,56 Milliarden Mark

beläuft sich der Industrieauftrag für Entwicklung und Bau von drei polarumlaufenden Satelliten zur Verbesserung der Wetter- und Klimaüberwachung. Das Programm Metop sichert nach Angaben von Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann zehn Jahre lang 400 Arbeitsplätze für Hochqualifizierte.

70 neue Arbeitsplätze

entstehen bei Varta im württembergischen Ellwangen. Wie der Batterieproduzent mitteilte, wird die gesamte Produktion der wiederaufladbaren Knopfzellen an diesem Standort zusammengefaßt. Letztes Jahr hatte der Hersteller angekündigt, sein Werk von Singapur nach Deutschland zurückzuverlegen.

Europaweit anlegen

ist bald ohne Währungsrisiko möglich, wenn die Börse am 1. Januar 1999 erstmals in EURO notiert. Unmittelbar mit dem Start der Europäischen Währungsunion (EWU) werden Geld- und Devisenmarkt umgestellt; für die Anleger - so Alfred Roelli, Chefstrategie im Privatbankgeschäft der Deutschen Bank - „bricht ein neues Zeitalter an“.

IG Metall-Wahlhilfe für Rot-Grün schadet Gewerkschaften

Als „politische Bevormundung seiner Mitglieder“ hat Hermann-Josef Arentz, stellvertretender Vorsitzender der christlich-demokratischen Arbeitneh-

mer (CDA), den kaum verhüllten Aufruf des IG Metall-Vorsitzenden Klaus Zwickel zur Abwahl der Bundesregierung zurückgewiesen. Mit einem sol-

chen Verstoß gegen die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften gefährde Zwickel die wichtigste Erfolgsgrundlage der Einheitsgewerkschaft und

diskreditiere die Gewerkschaftsbewegung. Er lasse auch erkennen, daß die IG Metall die SPD für zu schwach hält, ohne Schützenhilfe die Bundestagswahl am

27. September zu bestehen. Acht Millionen Mark soll die Wahlhilfe kosten, die CDU, CSU- und FDP-Anhänger ganz bestimmt nicht mitfinanzieren wollen.



DAS WICHTIGSTE DER WOCHE AUF EINER SEITE

NR. 7

„Der Investivlohn wird zur Initialzündung für mehr Investitionen und Beschäftigung.“

Rainer Eppelmann, Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeiterschaft (CDA)

Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand: Förderung soll spürbar verbessert werden

Die für die Förderung maßgeblichen Einkommensgrenzen des Vermögensbildungsgesetzes deutlich anheben und

die Förderung des Erwerbs von Beteiligungen am Produktivvermögen durch Arbeitnehmer spürbar verbessern

soll ein Entschließungsantrag, den die Koalitionsfraktionen am 13. Februar im Deutschen Bundestag eingebracht haben. Der Gesetzentwurf soll Anfang März in erster Lesung beraten und noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden.

Anreize schaffen, Interesse wecken

Die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen und damit sowohl an den Erträgen als auch an der Wertsteigerung der Unternehmen

bietet einen Anreiz zur nach wie vor notwendigen Zurückhaltung bei der Tariflohngestaltung,

verringert die Eigenkapitalschwäche vieler Unternehmen und

stärkt das Interesse des einzelnen Mitarbeiters an der Entwicklung seines Unternehmens.

Die besondere Förderung von Beteiligungen am Produktivvermögen bezieht sich auf Beteiligungen inner- und außerbetrieblicher Art.

Künftig soll neben dem Förderhöchstbetrag von 936 DM, der für das Bausparen zur Verfügung steht, ein zweiter, zusätzlicher sparsulagenbegünstigter Förderhöchstbetrag für Beteiligungen am Produktivvermögen zur Verfügung stehen.

Volle Wahlfreiheit

Für die Förderung soll es dabei unerheblich bleiben, ob die Beteiligung auf individueller Basis, einzelvertraglichen, betrieblichen oder tarifvertraglichen Vereinbarungen beruht. Wichtig ist: Die Arbeitnehmer sollen die volle Wahlfreiheit haben.

Hans-Peter Repnik, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Individuelles Eigentum ist eine wesentliche Grundlage persönlicher Freiheit und Vorsorge. Es ist damit eine tragende Säule unserer Sozialen Marktwirtschaft, die wirtschaftliche Freiheit mit sozialem Ausgleich verknüpft.“

Kein geeignetes Mittel

zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat Gunnar Udall, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Forderung der ÖTV-Chefs Herbert Mai genannt, im öffentlichen Dienst generell die 30-Stun-

den-Woche einzuführen. Selbst bei einem Verzicht auf vollen Lohnausgleich würde diese Maßnahme die Arbeitskosten in die Höhe treiben und die Finanznot in Bund, Ländern und Kommunen weiter verschärfen.

Ein deutliches Votum

gegen die von SPD, Bündnis90/Die Grünen und PDS in einem Berufsausbildungsfinanzierungsgesetz geforderte Ausbildungsplatzabgabe hat die Sachverständigen-Anhörung im Ausschuß für Bildung und Wissen-

schaft ergeben. Nicht einmal die von SPD und Grünen bestellten Experten konnten die Fragen einer Umfragelagefinanzierung befriedigend beantworten. Das Ergebnis war: Mehr Bürokratie, aber keine neuen Lehrstellen.

Durchbruch bei der Vermögensbildung

Die Koalitionsfraktionen haben am 4. März einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer in den Deutschen Bundestag eingebracht. Das Gesetz soll noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden und am 1. Januar 1999 in Kraft treten.

Arbeitnehmer-Sparzulage wird erhöht

Die Beteiligung der Arbeitnehmer an eigenen oder an fremden Unternehmen ist eine wichtige Triebfeder für engagiertes Arbeiten im Betrieb, für eine gleichmäßige Verteilung des Volksvermögens und für eine verbesserte Eigenkapitalausstattung der Unternehmen. Deshalb gibt der Staat künftig 20 Prozent der Sparsumme für Beteiligungen bis zu einem Betrag von 800 Mark dazu. Für Bausparen wird zusätzlich die bisherige 10-prozentige Arbeitnehmer-Sparzulage bis zu einem Sparbetrag von 926 Mark gewährt.

Besondere Förderung in den neuen Bundesländern

Ostdeutsche Arbeitnehmer hatten in den Jahren des DDR-Regimes keine

Möglichkeit, Vermögen mit staatlicher Förderung zu bilden. Um den Aufholprozeß zu beschleunigen, wird deshalb der Förderhöchstbetrag in den neuen Bundesländern auf 1.000 Mark festgelegt. Diese Sonderregelung ist befristet bis zum Jahr 2004.

Einkommengrenze wird angehoben

Damit auch Bezieher mittlerer Einkommen von der Förderung profitieren können, werden die Einkommengrenzen auf 35.000 Mark für Alleinstehende und 70.000 Mark für Verheiratete angehoben. Damit kommen zwei Drittel aller Erwerbstätigen in den Genuß des neuen Vermögensbildungsgesetzes.

Durch die verbesserte Förderung der Vermögensbildung können die Arbeitnehmer stärker an der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und seiner Unternehmen teilhaben. Sie können sich damit neben dem Arbeitseinkommen ein zweites Standbein zur Sicherung des Lebensunterhalts aufbauen. Gleichzeitig werden dadurch die Möglichkeiten für die private Altersversorgung verbessert.

Trotzdem haben wir, so der Bundeskanzler, am 27. September eine gute Chance. Wir werden diese Wahl gewinnen. Aber wir müssen mit allen Kräften kämpfen und alles tun, um Rot-Grün zu verhindern.

Helmut Kohl: Ich bin fest entschlossen, diesen Weg zu gehen, und ich bin ganz sicher, daß unsere politischen Freunde genau so fest entschlossen sind. ■

Fortsetzung von Seite 1

Und noch eins: Die dramatischen Veränderungen in der Welt, in Europa und in Deutschland machen deutlich: Wir brauchen Reformen. Es wird aber ungewöhnlich schwierig sein, deren Notwendigkeit rüberzubringen, wenn der Kandidat der SPD den Eindruck zu erwecken versucht: es wird auch ohne Reformen gehen.

In Niedersachsen wieder Landespolitik machen

Christian Wulff auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus am 2. März

Wir haben gestern ein enttäuschendes Ergebnis erzielt. Die CDU hat super und vor allem modern gekämpft. Engagement, Motivation und Geschlossenheit haben diesen Wahlkampf ausgezeichnet: unser wichtigstes Kapital auch für die Zukunft.

Zum Ergebnis: CDU und FDP haben exakt das gleiche Wahlergebnis erreicht wie 1994, nämlich 40,8 Prozent, wobei es eine Verschiebung um ein halbes Prozent von der CDU zur FDP gegeben hat.

Die SPD hat 3,6 Prozent aus dem Lager der Grünen, aus dem Lager von Protestwählern, aber auch von bisherigen Nichtwählern und bürgerlichen Wählern dazu gewonnen, die ganz offensichtlich die SPD als das kleinere Übel gewählt haben, um eine rot-grüne Mehrheit zu verhindern.

Für die Wählerinnen und Wähler in Niedersachsen war diese Wahl eine Art Vorwahl zwischen zwei Kanzlerkandidaten der SPD. Es hat eine Art Volksabstimmung stattgefunden, die wie ein Hurrikan über Niedersachsen hinwegzog, gegen den wir uns nur begrenzt zur Wehr setzen konnten. Daneben hat es eine Wahl zwischen SPD und rot-grüner Mehrheit gegeben.

Die Medien beschäftigten sich jedenfalls lediglich mit der Frage, wer Kanzlerkandidat der SPD werde und ob es nach dem Wahltag eine rot-grüne oder eine SPD-Alein-Regierung gebe.

Die SPD hat die Landtagswahl zu einem Wettstreit um ungelöste Personalfragen

der Sozialdemokratie umfunktioniert. Ich räume selbstkritisch und offen ein, daß es uns nicht gelungen ist, den Wählerinnen und Wählern klarzumachen: Bei dieser Wahl geht es um Visionen und sachpolitische Anliegen des Landes Niedersachsen.

Der SPD ging es um andere Fragen. Das Land Niedersachsen ist dabei unter die Räder gekommen.

Zukunftsentwürfe hat es lediglich von der CDU gegeben.

Eine Anzeige vom Samstag vor der Wahl wird aufzuklären sein. In allen niedersächsischen Zeitungen stand: „Der nächste

„Es ist leichter einen Wackelpudding an die Wand zu nageln, als Gerhard Schröder auf eine klare Position festzulegen.“

Kanzler muß ein Niedersachse sein.“ Kostenpunkt: ca. 1,6 Millionen Mark. Eine solche Anzeige ist sicher ein Novum in der Wahlkampfauseinandersetzung in Deutschland. Es steht dabei bis heute nicht fest, wer der Auftraggeber dieser Anzeige war. Es ist bisher nur bekannt, daß es sich um eine Agentur handelt, die auch die Werbeagentur der Firma Audi ist, in der der niedersächsische Ministerpräsident Aufsichtsrat und Vertreter des Hauptaktionärs ist.

Natürlich gibt es hier erheblichen Aufklärungsbedarf: Wer greift in welcher Form in Wahlkämpfe zugunsten von Parteien ein? Die SPD hat jedenfalls keine eigene Anzeige geschaltet. Nach den Lügen von Bundesgeschäftsführer Müntefering über Termine und Fragen der Kanzlerkandidatur glaube ich nicht, daß dies kein abgekartetes Spiel der SPD gewesen ist.

Ausführliche Debatte

Das Wahlergebnis in Niedersachsen war Gegenstand einer ausführlichen Debatte

im Bundesvorstand darüber, welche Konsequenzen zu ziehen sind. Es gibt Frust über die politische Lage in Deutschland, insbesondere werden uns die Arbeitsmarktzahlen angelastet.

Ich glaube, wir tun gut daran, deutlich zu machen, wie eine Gesellschaft mit menschlichem Antlitz aussehen soll. Wir müssen die Ängste der Menschen vor der Zukunft aufgreifen und bei ihnen gleichzeitig die Bereitschaft zu Veränderungen erreichen.

Ich werde jedenfalls in der CDU/CSU weiter die Reformdiskussion führen. Wir wollen Veränderungen und das gerade auch im Hinblick auf die Bundestagswahl deutlich machen. Ein „Weiter so“ kann es nicht geben.

Ab heute werden wir die Auseinandersetzung mit der SPD und ihrem Kanzlerkandidaten führen. Wir werden dabei die Ergebnisse von 8 Jahren Regierung Schröder

und deren Negativbilanz vorführen, der im Landtagswahlkampf systematisch ausgewichen worden ist.

... gegebenenfalls sogar mit PDS-Beteiligung

Wir werden auch deutlich machen, daß Gerhard Schröder ein rot-grünes Bündnis anstrebt – gegebenenfalls sogar mit PDS-Beteiligung; und wir werden deutlich machen, daß Gerhard Schröder für bundespolitische Verantwortung ungeeignet ist – schon aufgrund seines Verhaltens im

PDS nimmt Schröders Ablehnung nicht ernst

Schröders Distanzierung von der PDS wird bei deren Parteiführung offenbar nicht ernst genommen. Das „Verfallsdatum seiner Äußerungen endet am 28. September“, einen Tag nach der Bundestagswahl, erklärte der Vorsitzende der PDS-Gruppe im Bundestag, Gregor Gysi, am 3. März in Bonn.

Damit antwortete er auf einer Pressekonferenz auf die Frage nach seiner Meinung dazu, daß

Schröder nicht mit Hilfe der PDS als Bundeskanzler regieren wolle. Wenn Bundeskanzler Helmut Kohl von Schröder die Meinung habe, daß auf ihn kein Verlaß sei, „dann muß ich ihm recht geben“, sagte Gysi. Es hätten ihn nämlich bereits jetzt Sozialdemokraten gefragt, wieviel PDS-Bundestagsabgeordnete als „Parteilose“ wohl eine von Schröder geführte Bundesregierung unterstützen würden.

Bundesrat, seitdem er Ministerpräsident ist.

Ich persönlich werde dafür sorgen, daß in Niedersachsen alle notwendigen Konsequenzen aus dem Wahlergebnis gezogen werden. Wir werden das Ergebnis auswerten, wir werden weiterarbeiten und um die Mehrheit in Niedersachsen ringen.

Jetzt wieder Landespolitik

Ich werde mich morgen um die Wiederwahl als Oppositionsführer bewerben. Denn ich will in Niedersachsen wieder Landespolitik machen, wie es sich gehört und wovon SPD und Schröder abgekommen sind.

Das Wahlergebnis der niedersächsischen Landtagswahl

Das Ergebnis der niedersächsischen Landtagswahl vom 1. März wurde maßgeblich durch das Personalplebiszit über den Kanzlerkandidaten der SPD mitgeprägt. Darunter litten die CDU, die Grünen und die Splitterparteien. Die SPD konnte klar hinzugewinnen; CDU und Grüne hatten leichte Verluste. Da die FDP erneut an der Sperrklausel scheiterte, kann die SPD künftig im Hannoveraner Landtag weiterhin allein regieren.

Die Zahl der Wahlberechtigten in Niedersachsen ist gegenüber 1994 um ca. 75 000 angestiegen. Es gingen ca. 62 000 Wahlberechtigte mehr zur Wahl als 1994. Die Wahlbeteiligungsrate ist damit fast konstant geblieben und liegt bei 73,9 Prozent (+0,1 Punkte).

Die SPD erzielte mit einem Stimmenanteil von 47,9 Prozent (= 2,069 Mio. Zweitstimmen) ihr bisher bestes Ergebnis bei niedersächsischen Landtagswahlen. Gegenüber der Vorwahl legte sie 3,7 Prozentpunkte (= 188 000 Stimmen) zu. Im Hannoveraner Landtag wird sie künftig mit 83 Sitzen vertreten sein. Sie konnte damit ihre bisher knappe Mehrheit von einem auf komfortable neun Sitze ausbauen. Die Gesamtmandatszahl im Landtag wird in der neuen Legislaturperiode 157 betragen.

Die CDU verlor 0,5 Prozentpunkte und kam auf 35,9 Prozent (= 1,551 Mio. Wähler). Dies ist ihr schlechtestes Ergebnis bei Landtagswahlen seit den 50er Jahren. Wegen der gestiegenen Wahlberechtigtenzahl mobilisierte sie dennoch ca. 3 000 Zweitstimmen mehr als 1994. Im neuen Landesparlament wird sie mit 62 Mandaten vertreten sein. Das sind 5 Man-

date weniger als in der vergangenen Legislaturperiode.

Auch Bündnis90/Die Grünen hatten leichte Verluste. Sie kamen auf 7,0 Prozent (= 304 000. Wähler) und verloren damit 0,4 Prozentpunkte (= 10 000) und einen Sitz. Sie werden 12 Abgeordnete in den Landtag entsenden.

Die FDP konnte ihren Stimmenanteil zwar geringfügig steigern; es reichte aber auch diesmal nicht zum Überspringen der 5-Prozent-Hürde. Ihr Zweitstimmenanteil von 4,9 Prozent (= 210 000 Stimmen) liegt um 0,4 Prozentpunkte (+ 21 000 Stimmen) über dem der Vorwahl.

Wahlanalyse der

Konrad-Adenauer-Stiftung

Reduziert haben sich vor allem die Stimmenanteile der sonstigen Parteien. Kamen diese bei der Landtagswahl von 1994 noch auf 7,4 Prozent, so erreichten sie diesmal insgesamt nur 4,3 Prozent. Vor allem das rechtsextreme Potential und das bürgerliche Protestpotential ist geschrumpft. Konnten REP und NPD bei der Landtagswahl 1994 noch 4,0 Prozent der Stimmen für sich verbuchen, so erzielten die im rechten Spektrum diesmal allein auftretenden REP nur 2,8 Prozent (= 119 000 Stimmen). Die STATT Partei kam auf 0,7 Prozent (30 000). 1994 hatten die STATT Partei und die Neue STATT Partei es zusammen noch auf 1,8 Prozent gebracht.

Zum dritten Mal wurde bei niedersächsischen Landtagswahlen nach dem Zweitstimmen-Wahlrecht gewählt. Auch diesmal kam es wieder zu Erststimmenüberhängen für SPD und CDU. Dagegen ha-

ben FDP und REP Zweitstimmenüberhänge zu verzeichnen. Mit einem Erststimmenanteil von 48,7 Prozent erzielte die SPD um 0,8 Prozentpunkte mehr Ersts als Zweitstimmen (+ 22 000). Etwa dreimal so hoch fiel der **Erststimmenüberhang der CDU** aus. Ihr Erststimmenanteil liegt um 2,5 Prozentpunkte (= 98 000 Stimmen) über ihrem Zweitstimmenanteil. Demgegenüber erzielte die FDP ein Zweitstimmenplus von 1,6 Punkten (= 66 000 Stimmen). Den größten Zweitstimmenüberhang haben jedoch mit 1,8 Prozentpunkten (= 77 000) die REP. Dagegen weisen die Grünen, anders als bei Wahlen zuvor, diesmal ein Erststimmenplus von 0,2 Punkten auf. Im Vergleich zur Landtagswahl 1994 deuten diese Relationen mit hoher Wahrscheinlichkeit auf ein verändertes Splittingverhalten in den Parteienlagern hin: Das **CDU-FDP-Splitting scheint deutlich gewachsen**, das Splitting zwischen SPD und Grünen scheint sich zu Lasten der Grünen verändert zu haben.

Eine **längerfristige Betrachtung** der niedersächsischen Landtagswahlergebnisse zeigt, daß die SPD erst bei den letzten Wahlen in den 90er Jahren wieder einen relativ deutlichen Vorsprung vor der CDU gewinnen konnte.

Zwar war sie in den 50er Jahren eindeutig stärkste Partei und blieb es auch in den 60er Jahren, obwohl die CDU damals im Zuge des Schrumpfungsprozesses der „sonstigen Parteien“ von Wahl zu Wahl Boden gutmachen konnte. Bei der Landtagswahl von 1970 erzielte die SPD mit 46,3 Prozent am Ende dieser Periode ihr bestes Ergebnis. Während der Regierungszeit der Bonner SPD/FDP-Koalition hatte die SPD dann aber deutliche Einbußen.

Gleichzeitig setzte sich der Aufwärtstrend der CDU nahezu kontinuierlich fort. Mit 50,7 Prozent erzielte diese 1982 ihr bisher bestes Ergebnis und hatte damit einen Vorsprung von über 14 Prozentpunkten vor der SPD. Danach kehrte sich die Entwick-

lung der Stimmenanteile beider Parteien wieder um. Bei den Landtagswahlen von 1986, 1990, 1994 und 1998 verlor die CDU kontinuierlich, während die SPD Stimmen gewann. 1990 wurde die SPD wieder stärkste Partei, bei der diesjährigen Landtagswahl erzielte sie ihr bisher bestes Ergebnis und liegt jetzt 12 Prozentpunkte vor der CDU.

Die Wahlergebnisse der FDP zeigen, daß sie seit Ende der 60er Jahre in Niedersachsen bei Landtagswahlen strukturell eher niedrige Stimmenanteile zu erwarten hat. Bereits 1970, 1978 und 1994 scheiterte sie an der 5-Prozent-Hürde.

B90/Grüne haben dagegen seit dem ersten Auftreten grüner Parteien bei der Landtagswahl 1978 tendenziell Steigerungen erzielt. Außer der Stagnation bei der jetzt vorliegenden Wahl gab es nur bei der Landtagswahl 1990 einen deutlichen Rückschlag.

Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung

1. Für das Abschneiden der Parteien gibt es zwei verschiedene Erklärungen, die sich bei vielen Wählern in unterschiedlichem Ausmaß miteinander verbanden:

- Die Wahl als Personalplebiszit für die SPD-Kanzlerkandidatur Schröders,
- Die Wahl als Entscheidung über die Landespolitik

Dabei hat die bundespolitische Dimension der **Vorwahl des SPD-Kanzlerkandidaten den Stellenwert der Landespolitik weithin überlagert** und Schröder als Regierungschef von der Sachauseinandersetzung entlastet. Rund zwei Drittel der niedersächsischen Wähler waren sich dieser bundespolitischen Dimension der Wahl bewußt. Die Niedersachsen nutzten die in der Nachkriegsgeschichte einmalige Gelegenheit, einen Niedersachsen zum Kanzlerkandidaten zu küren. Hierauf hatte

nicht nur die SPD-Kampagne selbst in den letzten Tagen massiv abgehoben, auch die Medien haben die Wahl darauf fokussiert. Beides löste einen starken „last-minute-swing“ zugunsten Schröders aus, der den Anteil der erklärten Schröder-Präferenten für die Kanzlerkandidatur (65 Prozent der SPD-Anhänger, ein Drittel der Unentschlossenen) am Ende weiter verstärkte.

Vor diesem Szenario gelang es dem CDU-Herausforderer um das Amt des Ministerpräsidenten, **Christian Wulff, nicht, landespolitische Probleme** und Defizite der Regierung, in der Beschäftigungspolitik, in der öffentlichen Verschuldung, in der Förderung alter Industrien, **als zentrale Wahlkampfthemen durchzusetzen.**

2. Für die Landespolitik waren die **Beurteilungen skeptischer und widersprüchlich.** Mehr als die Hälfte der Bevölkerung war mit den Leistungen der Regierung unzufrieden. Auf der anderen Seite galt die SPD bei den vordringlichen landespolitischen Aufgaben, der Sicherung der Arbeitsplätze, der Bildungspolitik und der Wirtschaftspolitik als kompetenter als die CDU, allerdings mit relativ geringen Zustimmungsraten. Der CDU wurde in Fragen der Verbrechensbekämpfung und der Agrarpolitik am meisten zugetraut.

In der **Ministerpräsidenten-Frage** führte Schröder deutlich vor Wulff, obwohl sich der Abstand im Zuge des Wahlkampfes von ursprünglich 60:31 Prozent auf zuletzt 53 Prozent für Schröder und 35 Prozent für Wulff verringerte. Schröder galt als sachkompetent und glaubwürdig in Fragen der Wirtschaft, der Arbeitsplatzsicherung und in der Interessenvertretung für Niedersachsen. Negativ wurde ihm angelastet, für das Haushaltsdefizit verantwortlich zu sein und zu wenig für den Mittelstand zu tun. Gleichwohl hielten ihn 75 Prozent aller Wähler, auch rund die Hälfte der CDU-Anhänger, für einen „guten Ministerpräsidenten“. Die Unzufriedenheit in konkreten

Politikfeldern und mit der Regierungsleistung im einzelnen konnte Schröder durch ein hohes allgemeines und parteienübergreifendes Vertrauen in seine Person kompensieren.

Christian Wulff stand für einen Politiker neuen Typs, der neue Wege geht. Sein Stil fand im Wahlkampf zunehmend Anerkennung. Er konnte seine Ausgangslage gegenüber Schröder fortschreitend verbessern und an Statur, Glaubwürdigkeit und Sympathie gewinnen. In den Persönlichkeitsprofilen lagen Wulff und Schröder nahe beieinander, in der Sympathie-Frage rangierte Wulff am Ende vor Schröder.

3. Schröder hat von seiner **bundespolitischen Rolle als Spitzenkandidatenkandidat beträchtlich profitiert.** Er konnte den Stolz der Niedersachsen mobilisieren. **Die SPD verdankt das Ausmaß ihres Wahlsieges dem Vorwahl-Charakter dieser Landtagswahl.** Hätte die Landespolitik im Zentrum der Wahlentscheidung gestanden, wäre der Erfolg Schröders deutlich geringer ausgefallen, und die CDU hätte besser abgeschnitten.

4. Auch die **kleineren Parteien** haben unter der Überlagerung der Landespolitik sowie durch die starke Polarisierung zwischen SPD und CDU gelitten. Die Strategie der **GRÜNEN**, der SPD als Koalitionspartner die absolute Mehrheit im Landtag zu nehmen, lief ins Leere, nicht zuletzt, weil im Zuge des Wahlkampfes der Wunsch nach einer SPD-Alleinregierung zunahm, während der nach einer rot-grünen Koalition zurückging.

Die **FDP** konnte zwar von ihrer Koalitionsaussage zugunsten der CDU profitieren, das Stimmen-Splitting von CDU-Wählern kam ihr zugute, ihre Zweitstimmen-Kampagne schlug aber angesichts der geringen realen Chancen eines Regierungswechsels nicht durch.

Für das deutlich schlechtere Abschneiden der **REP** gegenüber 1994 dürfte neben der starken Polarisierung und Fokussierung auf die Personenfrage das Fehlen von Reizthemen und Proteststimmung im Lande ursächlich sein, mit denen die REP Protestwähler hätten mobilisieren können.

5. Die **SPD** gewann (nach der **Infra-test-dimap-Wanderungsbilanz**) **Stimmen von allen Parteien** hinzu, weitaus die meisten von **B90/DIE GRÜNEN**, aber auch in beträchtlichem Ausmaß von **CDU** und **Republikanern**. In den **Altersgruppen zwischen 25 und 60 Jahren** hat sie die **absolute Stimmenmehrheit**. Besonders zugelegt hat sie im Vergleich zur Vorwahl bei den Männern zwischen 35 und 44 Jahren. Bei den Frauen hatte sie ihr bestes Ergebnis bei den 25 bis 34-jährigen. **SPD-Wähler** haben überdurchschnittlich häufig **Hauptschulabschluß**, unter höher Gebildeten ist der **SPD-Anteil** unterdurchschnittlich. Die **SPD** hat ihren mit Abstand **stärksten Rückhalt unter Arbeitern**, wie schon 1994, und unter **Arbeitslosen**. Bei **Angestellten** und **Beamten** hat sie überdurchschnittlich zulegen können. Auch **Protestanten**, **Konfessionslose** und **Gewerkschaftsmitglieder** wählten besonders häufig **SPD**.

Die **SPD** konnte ihre **Hochburgen** im südlichen und südöstlichen **Niedersachsen** sowie im **Nordwesten** weiter ausbauen. Überdurchschnittlich hinzu gewann sie außerdem in **Mittelstädten**.

6. Die **CDU** hat, auch wenn ihr Ergebnis im Saldo keine großen Veränderungen signalisiert, einen Teil ihrer Wähler ausgetauscht. Sie hat beträchtlich an die **SPD** verloren, andererseits Stimmen von **B90/DIE GRÜNEN** und **REP** gewonnen. Vor allem aber konnte die **CDU Jungwähler** und **bisherige Nichtwähler** überdurchschnittlich häufig für sich gewinnen.

Hier liegt sie nur leicht hinter der **SPD**. Ihr zweiter Wählerschwerpunkt sind **ältere Frauen** (ab 60 Jahre), wo sie eindeutig vor der **SPD** liegt, während bei den älteren Männern die **SPD** einen leichten Vorsprung hat. Die **CDU** hat in allen Bildungsschichten etwa den gleichen Rückhalt. Besonders ausgeprägt wird sie von **Katholiken** gewählt. Nach Berufsgruppen dominiert sie stark bei **Landwirten** und **Selbständigen**. Bei letzteren schneidet auch die **FDP** besonders gut ab. Die **CDU** konnte ihre **Hochburgen** im Emsland und im Raum **Vechta/Cloppenburg** halten, im Regierungsbezirk **Oldenburg** gab es einige Zugewinne, in den **Braunschweiger Wahlkreisen** u. a. überdurchschnittliche Verluste. Generell hat die **CDU** in **Mittelstädten überdurchschnittlich verloren**.

7. Die **GRÜNEN** finden vor allem bei **Frauen** Unterstützung. Sie konnten überdurchschnittlich in den jüngeren Altersgruppen **Wähler** gewinnen (18-44 Jahre). Stärksten Zuspruch finden sie von **Wählern** mit höherer Bildung. Ein Übergewicht haben sie auch bei **Personen**, die noch in der **Ausbildung** sind, sowie bei **Beamten**, **Arbeitslosen** und **Konfessionslosen**.

8. Die **Langzeitbetrachtung** des Abschneidens von **CDU** und **SPD** über die Jahrzehnte zeigt, daß es wiederholt besonders starke Ausschläge der Volksparteien nach oben und nach unten gegeben hat. **Niedersachsen** konnte und kann bis heute mit Blick auf seine **Wahlgeschichte weder als ein traditionelles CDU- noch als ein traditionelles SPD-Land** bezeichnet werden. Trotz ausgeprägter regionaler **Wählerloyalitäten** ist die **Wählerschaft** in **Niedersachsen** im Vergleich zu anderen **Flächenländern außerordentlich beweglich** und die **Anhängerschaften** entsprechend instabil. Dies dürfte auch zukünftig so bleiben. ■

Die Landtagswahlen in Niedersachsen am 1. März 1998

– Vorläufiges amtliches Endergebniss –

	<u>Landtagswahl Niedersachsen 1998</u>		<u>Landtagswahl Niedersachsen 1994</u>		Differenz
	(Zweitstimmen)		(Zweitstimmen)		
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	5.926.772		5.851.720		
Wahlbeteiligung	4.378.758	73,9	4.316.428	73,8	+0,1
gültige Stimmen	4.316.890		4.249.021		
SPD	2.068.960	47,9	1.880.623	44,3	+3,6
CDU	1.550.523	35,9	1.547.610	36,4	-0,5
Bündnis 90/Die Grünen	304.254	7,0	314.344	7,4	-0,4
FDP	209.710	4,9	188.691	4,4	+0,5
Republikaner	118.730	2,8	159.026	3,7	-0,9
STATT Partei	30.198	0,7	55.605	1,3	-0,6
DKP	8.681	0,2			+0,2
Partei Bibeltreuer Christen	8.026	0,2	8.152	0,2	0,0
Die Frauen	6.777	0,2			+0,2
DP	6.263	0,1			+0,1
Ökologisch-Demokra. Partei	4.768	0,1	4.347	0,1	0,0
Sonstige			90.623	2,1	-2,1

Mandatsverteilung

	<u>Landtagswahl Niedersachsen 1998</u>		<u>Landtagswahl Niedersachsen 1994</u>		Differenz
	Anzahl	(%)	Anzahl	(%)	
SPD	83	(83)	81	(81)	+2
CDU	62	(17)	67	(19)	-5
Bündnis 90/Die Grünen	12		13		-1
Summe	157	(100)	161	(100)	-4

in Klammern: Direktmandate

Die Landtagswahl Niedersachsen 1998 am 01.03.1998

- Vorläufiges amtliches Endergebnis -

	<u>Landtagswahl</u> <u>Niedersachsen 1998</u>		<u>Landtagswahl</u> <u>Niedersachsen 1994</u>		Differenz
	(Erststimmen)		(Erststimmen)		
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	5.926.772		5.851.720		
Wahlbeteiligung	4.378.758	73,9	4.316.428	73,8	+0,1
gültige Stimmen	4.298.382		4.231.001		
SPD	2.091.374	48,7	1.971.557	46,6	+2,1
CDU	1.648.821	38,4	1.610.098	38,1	+0,3
Bündnis 90/Die Grünen	310.222	7,2	293.837	6,9	+0,3
FDP	143.936	3,3	174.743	4,1	-0,8
Republikaner	41.546	1,0	95.902	2,3	-1,3
STATT Partei	29.715	0,7	43.803	1,0	-0,3
DP	4.086	0,1			+0,1
Partei Bibeltreuer Christen	2.725	0,1	908	0,0	+0,1
Ökologisch-Demokra. Partei	2.581	0,1	3.093	0,1	0,0
DKP	1.327	0,0			0,0
Die Frauen					
Sonstige	22.049 ¹⁾	0,5	37.060	0,9	-0,4

1) davon PDS: 6502 = 0,2%

Die Abkürzungen bedeuten:

- CDU Christlich Demokratische Union Deutschlands
- DKP Deutsche Kommunistische Partei
- DP Deutsche Partei
- FDP Freie Demokratische Partei
- Frauen Feministische Partei DIE FRAUEN
- Grüne BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
- ÖDP Ökologisch-Demokratische Partei
- PBC Partei Bibeltreuer Christen
- REP DIE REPUBLIKANER
- SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands
- Statt STATT Partei

Die Landtagswahl Niedersachsen 1998 im Vergleich zu anderen Wahlen

	Landtagswahl Niedersachsen 1998 (Zweitstimmen)		%	Differenz	Bundestagswahl 1994 (Zweitstimmen)		Europawahl 1994		Kommunwahl Niedersachsen 1996	
	Anzahl	%			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	5.926.772				5.886.587		5.881.254		6.128.828	
Wahlbeteiligung	4.378.758	73,9	+0,1	81,8	4.816.698	81,8	3.097.207	52,7	3.953.660	64,5
gültige Stimmen	4.316.890				4.777.308		3.063.640		11.258.008 1)	
SPD	2.068.960	47,9	+3,6	40,6	1.938.321	40,6	1.214.706	39,6	4.335.954	38,5
CDU	1.550.523	35,9	-0,5	41,3	1.971.664	41,3	1.216.259	39,7	4.689.469	41,7
Grüne	304.254	7,0	-0,4	7,1	338.087	7,1	298.780	9,8	1.016.302	9,0
FDP	209.710	4,9	+0,5	7,7	368.180	7,7	119.555	3,9	512.530	4,6
REP	118.730	2,8	-0,9	1,2	57.988	1,2	74.279	2,4	117.865	1,0
STATT	30.198	0,7	-0,6				11.220	0,4	33.672	0,3
DKP	8.681	0,2	+0,2						4.472	0,0
PBC	8.026	0,2	0,0	0,2	7.221	0,2	6.825	0,2	243	0,0
Frauen	6.777	0,2	+0,2							
DP	6.263	0,1	+0,1						1.665	0,0
ÖDP	4.768	0,1	0,0	0,1	5.623	0,1	8.354	0,3	7.803	0,1
Sonstige			-2,1	1,9	90.224	1,9	113.662	3,7	538.033	4,8

1) Die Differenz zwischen Wahlbeteiligung (= gültige Stimmzeitel) und gültigen Stimmen ergibt sich durch Mehrfachstimmen

Ergebnisse der Landtagswahlen in Niedersachsen seit 1947

Jahr	Wahlbet.	CDU	SPD	FDP	Grüne	Sonstige
1947	65,1	19,9	43,4	8,8	-	28,0
1951	75,8	23,7 ¹⁾	33,7	8,3	-	34,2
1955	77,5	26,6	35,2	7,9	-	30,3
1959	78,0	30,8	39,5	5,2	-	24,5
1963	76,9	37,7	44,9	8,8	-	8,5
1967	75,8	41,7	43,1	6,9	-	8,3
1970 ²⁾	76,7	45,7	46,3	4,4	-	3,7
1974 ³⁾	84,4	48,8	43,1	7,0	-	1,0
1978	78,5	48,7	42,2	4,2	3,9	1,1
1982	77,7	50,7	36,5	5,9	6,5	0,3
1986	77,3	44,3	42,1	6,0	7,1	0,5
1990 ⁴⁾	74,6	42,0	44,2	6,0	5,5	2,3
1994 ⁴⁾	73,8	36,4	44,3	4,4	7,4	7,5
1998 ⁴⁾	73,9	35,9	47,9	4,9	7,0	4,3
Diff.	+ 0,1	- 0,5	+ 3,6	+ 0,5	- 0,4	- 3,2

- 1) 1951 gemeinsamer Wahlvorschlag mit DP: Niederdeutsche UNION;
- 2) Auflösung des Niedersächsischen Landtages gem. Art. 7 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung von SPD- und CDU-Fraktion beantragt. Neuwahl für den 14. Juni 1970 bestimmt;
- 3) Gemäß Wahlprüfungsentscheidung des Niedersächsischen Landtages vom 26. Februar 1976 geändertes Ergebnis, rechtskräftig seit dem 27. März 1975;
- 4) Zweitstimmen

Sitzverteilung im Landtag von Niedersachsen seit 1947

Jahr	CDU	SPD	FDP	Grüne	Sonstige
1947	30	65	13	-	41
1951	35	64	12	-	47
1955	43	59	12	-	45
1959	51	65	8	-	33
1963	62	73	14	-	-
1967	63	66	10	-	10
1970	74	75	-	-	-
1974	77	67	11	-	-
1978	83	72	-	-	-
1982	87	63	10	11	-
1986	69	66	9	11	-
1990	67	71	9	8	-
1994	67	81	-	13	-
1998	62	83	-	12	-
Diff.	- 5	+ 2	-	- 1	-

Ergebnisse der letzten Landtagswahlen sowie der letzten Bundestags- und Europawahl (in Prozent)

Wahlgebiet/Land	letzte Wahl	CDU	SPD	Grüne	FDP	REP	PDS	Sonst.	nächste Wahl
Baden-Württemberg	24.03.1996	41,3	25,1	12,1	9,6	9,1			2001
Bayern	25.09.1994	52,8 ¹⁾	30,0	6,1	2,8	3,9			1998
Berlin	22.10.1995	37,4	23,6	13,2	2,5	2,7	14,6		1999
Brandenburg	11.09.1994	18,7	54,1	2,9	2,2	1,1	18,7		1999
Bremen	14.05.1995	32,6	33,4	13,1	3,4	0,3	2,4	10,7 AFB	1999
Hamburg	21.09.1997	30,7	36,2	13,9	3,5	1,9	0,7	4,9 DVU 3,8 STATT	2001
Hessen	19.02.1995	39,2	38,0	11,2	7,4	2,0			1999
Mecklenburg-Vorpommern	16.10.1994	37,7	29,5	3,7	3,8	1,0	22,7		1998
Niedersachsen	01.03.1998	35,9	47,9	7,0	4,9	2,8			2003
Nordrhein-Westfalen	14.05.1995	37,7	46,0	10,0	4,0	0,8			2000
Rheinland-Pfalz	24.03.1996	38,7	39,8	6,9	8,9	3,5			2001
Saarland	16.10.1994	38,6	49,4	5,5	2,1	1,4			1999
Sachsen	11.09.1994	58,1	16,6	4,1	1,7	1,3	16,5		1998
Sachsen-Anhalt	26.06.1994	34,4	34,0	5,1	3,6	1,4	19,9		1999
Schleswig-Holstein	24.03.1996	37,2	39,8	8,1	5,7				2000
Thüringen	16.10.1994	42,6	29,6	4,5	3,2	1,3	16,6		1999
Bundestag (Zweitst.)	16.10.1994	41,5 ²⁾	36,4	7,3	6,9	1,9	4,4		1998
Europa	12.06.1994	38,8 ²⁾	32,2	10,1	4,1	3,9	4,7		1999

1) CSU 2) CDU/CSU

Pressestimmen

Hannover ist nicht Bonn

... Und die SPD hat den Sieg bei der Bundestagswahl – trotz Gerhard Schröder – noch keineswegs in der Tasche. Zunächst war Niedersachsen die Wahl eines Kanzlerkandidaten, nicht eines Kanzlers. Als Hürde könnten sich dabei die Grünen erweisen, die in Hannover ausgebremst wurden: Rotgrün in Bonn gilt – nach den Erfahrungen von Nordrhein-Westfalen – bis in die SPD-Klientel hinein als schwierig bis riskant. Nicht ausgeschlossen deshalb, daß die Bonner Wahl nicht für die Sozialdemokraten, wohl aber für Bündnis 90/Die Grünen schwieriger wird, als diese denken.

Stuttgarter Nachrichten

* * *

Schon einmal glaubte sich die SPD im Kanzleramt

... ab heute genügt es für Schröder nicht mehr, den Deutschen einzuhämmern, er sei der bessere Kanzler. Ab heute muß er „Butter bei die Fische geben“ und sagen, wie und was er besser machen will als Kohl. Wer sich zu früh freut, den bestraft der Wähler. Und schon einmal glaubte sich die SPD im Kanzleramt. Im Frühjahr vor vier Jahren.

Bild

* * *

Einer, der alles verspricht, auch wenn er es nicht halten kann

... dem glatten Strahlemann Gerhard Schröder – darin liegt die Chance der Koalition – werden die Sozialdemokraten mit Sicherheit nicht mehr jene Narrenfreiheit lassen, mit der er bislang durch die Lande ziehen durfte.

Im Gegenteil. Jedermann weiß, daß der niedersächsische Ministerpräsident in allen Parteigremien der SPD schlecht gelitten ist. Schlimmer noch: Die Spatzen pfeifen es vom Dach der Baracke, daß er nicht den Hauch einer Chance hätte, wenn der Kandidat ausschließlich von Parteivorstand oder Fraktion bestimmt würde.

Er gilt in den eigenen Reihen als rot und schwarz, gelb und grün zugleich, als ein Opportunist, der sein Fähnchen in den Wind hängt, der alles verspricht, auch wenn er nichts halten kann; vor allem aber hat er nicht den typischen Stallgeruch, ist das genaue Gegenteil eines altgedienten Parteisolddaten.

Die Union hat die Riesenchance, Schröder zu befragen, wie er ganz konkret zu den ultimativen Forderungen der Grünen steht, mit denen er im Herbst koalieren will. Da muß der dann Farbe bekennen: zum Ausstieg aus der Atomenergie, zu Ökosteuern, zur Inneren Sicherheit, zur Nato, zur Asylantenfrage.

Kölnische Rundschau

* * *

Sein politisches Programm bleibt unklar

Während bei Lafontaine recht klar ist, wofür er steht, nämlich für „klassische“ sozialdemokratische Werte, sieht die Sache bei Schröder schon etwas anders aus. Die einen halten ihn für einen Hoffnungsträger, die SPD nach bewährtem britischen Muster zu einer Partei umzubauen, die manchen überkommenen Ballast links liegen läßt. Die anderen sehen in Schröder vor allem den „Wendehals“, der seine Positionen je nach Opportunität anpaßt und – wenn's denn sein muß – auch schon einmal ganz über Bord wirft.

Die Presse, Wien

Generalsekretär Peter Hintze:

Deutschland vor der Richtungsentscheidung

Wir stehen 200 Tage vor der Bundestagswahl. Unsere Ausgangslage ist günstiger als vor vier Jahren. Das große Thema der Jahre 1998 – 2002 ist Europa. Es geht um eine engere Zusammenarbeit in Europa, es geht um die Einführung der gemeinsamen Währung. Hier gilt der Grundsatz: starker Kanzler, starker EURO. Wir werden den Wahlkampf ganz stark auf Helmut Kohl ausrichten. 1990 war Deutschland das große Thema. 1998 ist es Europa.

Unser Wahlziel lautet „**45 Prozent plus X**“. Wir wollen unsere Mehrheit ausbauen und die Koalition mit der FDP in den Jahren 1998–2002 fortsetzen.

I. Unsere Politik der Reformen und Zukunftssicherung ist erfolgreich. Im Januar ist die Zahl der Arbeitslosen im Westen erstmals wieder im Vorjahresvergleich zurückgegangen. Die Wachstumsaussichten sind sehr gut. Für 1998 prognostiziert die OECD für Deutschland das stärkste Wirtschaftswachstum in Europa. Aufholbedarf besteht in den neuen Bundesländern. Daß angesichts zunehmender Internationalisierung der Märkte, weltweitem Standortwettbewerb und einer rasanten Entwicklung hin zur vernetzten Informations- und Wissensgesellschaft oft zu langsam und zu kurz gesprungen wird, wird häufig kritisiert. Dabei wird meistens

daß es in Deutschland zwei grundlegend verschiedene Politikentwürfe gibt.

Die Wahrheit ist: Wir haben weitreichende Reformen entwickelt, die in der Fachwelt – auch außerhalb der Politik – große Zustimmung erfahren haben. Die SPD hat ihre Mehrheit im Bundesrat zu einer macht-taktisch motivierten Blockadepolitik mißbraucht. Sie ist ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung ausgewichen.

Die SPD versucht, dies zu verschleiern. Sie handelt so in Bonn, **weil ihre Wahlstrategie auf Entpolitisierung** setzt, um den wichtigen Entscheidungsfragen aus dem Weg gehen zu können. Sie handelte so in Hannover, weil es dem dortigen Ministerpräsidenten darum ging, über die Kanzlerkandidatur zu spekulieren oder darüber spekulieren zu lassen, um nicht mit der Bilanz seiner Politik konfrontiert zu werden.

Die CDU wird im anstehenden Wahlkampf die Entscheidungsfragen auf die politische Tagesordnung bringen. **Deutschland steht 1998 vor einer Richtungsentscheidung.** Mit der CDU an der Spitze sicher, modern und zukunftsorientiert ins 21. Jahrhundert aufbrechen oder aber mit Lafontaine, Schröder & Co. absteigen, das ist die Alternative.

II. Rot und Grün bringt zu wenig auf die Waage, um Verantwortung übernehmen zu können für eine der führenden Wirtschaftsnationen der Welt.

Die SPD kann sich nicht mit ihrer Oppositionsrolle in Bonn herausreden.

Dort, wo sie an der Spitze Verantwortung trägt, nämlich in zahlreichen Bundesländern, versagt sie kläglich. Wer nach er-

folgversprechenden Zukunftsmodellen sucht, der fährt nach Stuttgart, München oder Dresden. In Hannover, Saarbrücken oder Magdeburg kann man höchstens lernen, wie man es nicht machen darf. In unserer Dokumentation „Schlußlicht“ zeigen wir in allen wichtigen Politikfeldern, ob Finanzen, Investitionen, Arbeitsplätze, Wirtschaftsförderung, Umgang mit der Polizei, Schul- und Hochschulpolitik, Innovations- und Existenzgründerförderung:

Die rote Laterne pendelt im Westen zwischen Saarbrücken und Hannover, im Osten zwischen Magdeburg und Potsdam.

In der SPD haben bis letzten Sonntag zwei Ministerpräsidenten um die Kanzlerkandidatur gepokert, die Verantwortung dafür tragen, daß die von ihnen regierten Länder bei allen einschlägigen Kennzahlen die Schlußlichter im bundesweiten Vergleich sind. Beide wissen stets nur zu erzählen, was man tun müßte, können aber auf keine vorzeigbaren Maßnahmen in ihrem Bundesland verweisen.

Unsere Broschüre „Schlußlicht“ ist eine Generalauseinandersetzung mit der SPD:

1. Beispiel:

Arbeit und Wirtschaft

Die SPD bleibt eine glaubwürdige Antwort auf die Herausforderung der Globalisierung schuldig.

Statt dessen beharrt sie weiter darauf, daß der Staat es richtet. Als Oskar Lafontaine in Hannover eine fundamental andere Wirtschafts- und Finanzpolitik ankündigte, setzte er dabei offenbar „fundamental anders“ mit „grundlegend falsch“ gleich. Immer neuen Steuern und Abgaben wird das Wort gerecht.

Der Wirklichkeitsverlust führenden Sozialdemokraten erreicht

Dimensionen, die die Zukunft Deutschlands massiv gefährden.

Wenn Lafontaine sagt, er wolle die Änderungen bei der Lohnfortzahlung rückgängig machen, er wolle die Rentenreform rückgängig machen, dann sprechen wir nicht über geringfügige Änderungen. Wir sprechen über eine sechsstellige Zahl von Arbeitsplätzen, die eine Mehrbelastung der Unternehmen und Beitragszahler kosten würde.

Es macht keinen Sinn, wenn die SPD die veränderten Rahmenbedingungen leugnet. **Auf das sozialdemokratische „Ich will so bleiben, wie ich bin“ (Süddeutsche Zeitung, 22. 5. 1997) antwortet die Globalisierung eben nicht einfach mit „Genosse, Du darfst“.**

2. Beispiel:

Bildung

In der Bildungspolitik orientiert sich die SPD weiter an ihrer leistungsfeindlichen Ideologie. Wie anders soll man es nennen, wenn sie damit spielt, von der Notengebung abzugehen und weiter die Gesamtschule zu fördern. Die Gesamtschule ist so schlecht wie ihr Ruf – sagt eine Studie des Max-Planck-Institutes für Bildungsforschung. Trotzdem beschließen Sozialdemokraten: Wir wollen unser Konzept der Gesamtschule weiterentwickeln. Das sind dieselben Sozialdemokraten, die Innovationen behindern, wie ihre Haltung zu Transrapid und Gentechnologie hinlänglich bewiesen hat. Es kommt doch nicht von ungefähr, wenn die Hannoversche Allgemeine Zeitung (10. 5. 1997) zu dem Urteil kommt: **„Kaum jemand denkt beim Stichwort Niedersachsen an neue Technologien“** oder die Frankfurter Allgemeine Zeitung (9. 12. 1997) kommentiert:

„Wer nach Regierungs- und Zukunftsmodellen sucht, in Hessen findet er sie derzeit nicht.“

3. Beispiel:

Innere Sicherheit

Im Kampf gegen das Verbrechen mußten wir in den letzten Jahren die SPD immer zum Jagen tragen:

Kronzeugenregelung, Verfahrensbeschleunigungen, Hauptverhandlungshaft, Verschärfung von Abschiebemöglichkeiten gegenüber schwerkriminellen Ausländern, das Europolgesetz und zuletzt die Verfassungsänderung zur akustischen Beweissicherung – all das war ein langer mühevoller Weg.

Und jetzt, nach zähen Verhandlungen über die akustische Beweissicherung machen die Sozialdemokraten schon wieder eine Rolle rückwärts: Grundgesetzänderung ja, Ausführungsbestimmungen nein. Die Verbrechensflut steigt, und die SPD verzögert den Deichbau.

Wenn Gerhard Schröder, wie die Welt am Sonntag (27. 7. 1997) meinte, Niedersachsen zum Eldorado für Staftäter und Scheinasylanten macht, dann kann dies für Deutschland kein Vorbild sein.

4. Beispiel:

Deutschland

Wer sich, wie die SPD, hinstellt und jüngst ein 10-Punkte-Programm für Ostdeutschland ankündigt, das längst in Angriff genommene Maßnahmen der Bundesregierung fordert, der muß sich beim Thema Deutsche Einheit auch gefallen lassen, wenn man an das sozialdemokratische Vorgehen im Zuge der Deutschen Einheit erinnert:

Als am 9. Juni 1990 der Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion in Deutschland im Bundesrat zur Abstimmung stand, waren es Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder, die diesem Werk der

Deutschen Einheit ihre Zustimmung versagten. Wer so handelt, hat das moralische Recht verwirkt, sich für die Kanzlerschaft im vereinten Deutschland zu bewerben – egal, ob er Schröder oder Lafontaine heißt.

Von einem **Mangel an innerdeutscher Solidarität** zeugte auch Schröders herablassende Art gegenüber den Menschen in den neuen Bundesländern, als er 1996 den Aufbau Ost mit den Worten rechtfertigte: „Wir können die ja schließlich nicht an Polen abtreten.“ (Leipziger Volkszeitung, 15. 1. 1996)

5. Beispiel:

SPD/PDS: Erosion der Abgrenzung

Der Zusammenbruch des SED-Regimes liegt noch keine zehn Jahre zurück, da sind deutsche Sozialdemokraten zunehmend bereit, die SED-Fortsetzungspartei nicht nur hoffähig zu machen, sondern sie wieder in Regierungsverantwortung gelangen zu lassen.

Natürlich spricht die SPD im Moment nicht vom Strategiepapier eines Wolfgang Thierse von 1996, und natürlich möchte sie nicht an die Vielzahl der Äußerungen von führenden Sozialdemokraten zum Umgang mit der PDS erinnert werden. Doch Tatsache ist, daß z. B. der thüringische Innenminister Richard Dewes Ende 1996 äußerte: „Ich erwarte, daß es 1998 eine linke Mehrheit im Bundestag geben wird. Das Umsetzen dieser Mehrheit halte ich nicht nur für verantwortbar, sondern für eine Pflicht. . . . Das bedeutet, daß man nicht bereit sein darf, bei der Wahl eines Bundeskanzlers und bei der Verabschiedung eines Bundeshaushaltes auf die PDS-Stimmen zu verzichten.“ (Sächsische Zeitung, 8. 11. 1996)

In den ostdeutschen Landesverbänden ist mit Blick auf die PDS der Damm längst gebrochen. In allen neuen Bundesländern finden sich führende Sozialdemokraten als Fürsprecher einer Zusammenarbeit mit der PDS. Wer soll da noch ernsthaft glauben, daß die SPD die künstliche Unterscheidung bei der Zusammenarbeit mit der PDS zwischen Bund und Land tatsächlich ernst meint.

III. Bundestagswahl entscheidet über unseren Weg in das nächste Jahrhundert. Das 21. Jahrhundert wird das Jahrhundert des Bürgers sein.

Wir werden die Menschen in Deutschland für die CDU begeistern und mobilisieren – und zwar noch weit stärker als bei der letzten Bundestagswahl. Die Menschen in Deutschland spüren, daß die Kraft für notwendige Veränderungen von Rot-Grün nicht zu erwarten ist.

Dies ist sicherlich auch ein Grund dafür, daß immer mehr junge Menschen die CDU als ihre politische Heimat entdecken.

Die CDU ist die führende Partei unter den Jung- und Erstwählern.

Unsere Attraktivität entsteht zweifellos aus unserem klarem Profil einer an Freiheit und Verantwortung orientierten Politik. Sie ergibt sich aber auch aus unserem modernen Erscheinungsbild. Weit über 6 Millionen Zugriffe auf unsere Internet-Seiten binnen eines Jahres sprechen eine deutliche Sprache.

Wir haben den Einsatz elektronischer Medien weiter optimiert.

Die CDU geht also optimal gerüstet und motiviert in den Wahlkampf um die Zukunft Deutschlands.

Das gilt für die gesamte Partei einschließlich unserer Wahlkampfzentrale, dem Adenauer-Haus. Wir mußten unseren Wahlkampf nicht aus unserer eigenen Parteizentrale verbannen. Herausgekommen ist bei der SPD bislang nur Polittheater um die Kandidatenkür und eine rote Laterne auf dem Dach der SPD-Wahlkampfzentrale. Diese allerdings ist zum Symbol der ganzen Partei geworden – **Schlußlicht SPD.**

Rechte und Möglichkeiten in der Europäischen Union

Der Bürger hat nun die Möglichkeit, sich unter der kostenlosen Telefonnummer **01 30 85 04 00** bzw. über **E-Mail (<http://citizenz.eu.int>)** über seine Rechte und Pflichten in der Europäischen Union zu informieren. Diese Initiative geht auf eine Kampagne zurück, die gemeinsam von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament gestartet wurde.

Der Bürger kann einerseits kostenlose Informationsbroschüren über die verschiedenen Themen bestellen, z. B. Reisen in ein anderes Land in der EU; Arbeiten in einem anderen Land in der EU.

Experten antworten

Andererseits steht ihm für Sozialprobleme ein Experte zur Verfügung, der ihn individuell und ausgiebig berät.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Der EURO kommt pünktlich zum vereinbarten Zeitpunkt

Die Wirtschafts- und Finanzdaten des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 1997 zeigen: Deutschland erfüllt die Stabilitätsvorgaben des Maastricht-Vertrages für die Einführung des EURO zum 1. Januar 1999.

Durch eine konsequente Reformpolitik und strikte Haushaltsdisziplin haben wir mit der Marke von 2,7% vor allem das schwierige Defizit-Ziel von 3% deutlich unterschritten. Entscheidend für dieses gute Ergebnis waren das geringere Haushaltsdefizit des Bundes und die positive Finanzentwicklung der Krankenversicherung als Folge der Gesundheitsreform. Dies ist eine eindrucksvolle Bestätigung für die Politik der Bundesregierung und insbesondere für Bundesfinanzminister Theo Waigel.

Ich bin sicher: Der EURO kommt pünktlich zum vereinbarten Zeitpunkt 1. Januar 1999. Und er wird eine stabile Währung sein – so wie wir dies von der D-Mark seit fast 50 Jahren gewohnt sind. Allen Zweiflern, die ohne genaue Zahlenkenntnis immer neuen Verschiebungsdiskussionen das Wort redeten, wird durch die jetzt vorliegenden Daten der Boden entzogen.

Diese gute Nachricht für Deutschland fügt sich ein in ein wirtschaftliches Umfeld, das sich zusehends verbessert. Das Aufschwungtempo beschleunigt sich von einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 2,2% im vergangenen Jahr auf 2 1/2% bis 3% in diesem Jahr. Für 1999 zeichnet sich ein noch besseres Ergebnis ab. Die Frühjahrsumfrage bei den Industrie- und Handelskammern hat in diesen Tagen

ebenfalls bestätigt: Die Zuversicht der Unternehmen wächst, und das Wirtschaftswachstum verstärkt sich.

Ich gehe mit vielen Experten davon aus, daß sich auch auf dem Arbeitsmarkt allmählich eine Besserung einstellen wird. Auch wenn dies in Ostdeutschland noch weiterer Anstrengungen bedarf, ist die positive Entwicklung in Westdeutschland bereits erkennbar. Jedenfalls scheint die

Wunderdroge EURO

Europa hat eine neue Wunderdroge. Name: EURO. Wirkt gegen Inflation! Dank EURO sind die Preise in Europa heute so stabil wie seit 50 Jahren nicht mehr.

Wirkt gegen Haushaltsdefizite! Dank EURO sparen heute selbst Italien, Portugal und Spanien pickelhart. Und auch Deutschland meldet: EURO-Kriterium erfüllt. . .

Aber die Arbeitslosigkeit? Auch dagegen beginnt der EURO zu helfen! Er schafft ein Geld und einen Wirtschaftsraum von Lappland bis hinunter zur Algarve. Dort überall zieht die Konjunktur endlich wieder an – und auch bei uns.

Bild

Talsole hier bereits erreicht, und in einer Reihe von Branchen geht es mit der Beschäftigung wieder deutlich aufwärts.

Jetzt kommt es darauf an, den eingeleiteten Wachstumsprozeß durch ein konsequentes Fortsetzen des Reformkurses der Koalition von CDU/CSU und FDP weiter zu kräftigen und die Chancen für mehr Arbeitsplätze weiter zu erhöhen.

Ein guter Tag für Deutschland – ein guter Tag für unsere Zukunft

Zu den Zahlen des Statistischen Bundesamtes erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Deutschland wird an der Europäischen Währungsunion teilnehmen. Mit einem Haushaltsdefizit von klar unter drei Prozent der gesamten volkswirtschaftlichen Leistung erfüllen wir die Startbedingungen für den EURO.

Auch die übrigen Zahlen können sich sehen lassen: niedrige Preise und Zinsen und ein begrenzter Schuldenstand. Unsere günstigen volkswirtschaftli-

chen Rahmendaten sind Beleg der auf Stabilität ausgerichteten Wirtschafts- und Finanzpolitik der CDU-geführten Bundesregierung.

Dies macht aber auch deutlich: Nur mit der CDU, nur mit Bundeskanzler Helmut Kohl werden wir die Einführung des EURO in Deutschland zu einem Erfolg führen. Nur Helmut Kohl steht für die Gewißheit, daß die stabilitätspolitischen Anstrengungen ernst gemeint und auf Dauer angelegt sind. Starker Kanzler – starker EURO!

Der EURO wird hart sein

Es ist an der Zeit, daß wir den Tatsachen ins Auge schauen und unsere Verzögerung abstreifen. Der EURO wird kommen und die D-Mark ersetzen. Elf Länder werden dabei sein, und das Gemeinschaftsgeld wird so hart sein wie unsere in 50 Jahren liebgeordnete Kleinstaatenswährung. Europas Volkswirtschaften sind bereits heute wirtschaftlich auf Gedeih und Verderb aneinander gekettet, aber die Vorteile eines großen einheitlichen Wirtschaftsraumes können wir erst nutzen, wenn der EURO da ist. Dann wird Europa einen starken, liquiden Kapitalmarkt haben, weltweit attraktiv für Investoren. Es wird, so lehren alle volkswirtschaftlichen Modelle, einen Wachstumsschub auslösen, den wir dringend brauchen, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und um die Staatsschulden nachhaltig zu senken. Vor allem für Investoren in Deutschland ist es wichtig, daß wir gegenüber unseren Haupthandelspartnern, den Europäern, dauerhaft stabile Währungsverhältnisse bekommen. Hart wird er sein der EURO, nach innen mit niedrigen Inflationsraten, nach außen stabil zum Dollar.

ARD, 26. Februar

Deutsche Bank startet Informationsoffensive zum EURO

Die Deutsche Bank hat eine Informationsoffensive rund um das Thema Europäische Währungsunion gestartet.

Im Mittelpunkt steht dabei der kostenlose „EURO-Test“, der Interessierten die richtige Anlagestrategie für die zukünftige gemeinsame Währungseinheit aufzeigen soll, wie die Bank am 25. Februar in Frankfurt am Main mitteilte.

Umfragen zufolge seien die Bundesbürger über den EURO noch nicht hinreichend informiert, hieß es zu den Beweggründen der Deutschen Bank.

Im Rahmen der EURO-Kampagne will die Deutsche Bank auch verschiedene Broschüren etwa zur EURO-Übergangphase herausgeben. Geschäftskunden können zusätzliche Publikationen anfordern. Auch beantworten Fachleute unter der gebührenfreien Telefonnummer **08 00-1 23 19 99** Fragen zur Währungsunion. ■

Klarer Erfolg für unsere Politik

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Hermann Otto Solms und der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Michael Glos, erklärten zur Erfüllung des Defizitkriteriums des Vertrages von Maastricht durch die Bundesrepublik Deutschland:

Die jetzt vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen bestätigen eindrucksvoll unsere Auffassung: Deutschland erfüllt das strenge Defizitkriterium des Maastricht-Vertrages. Allen Unkenrufen zum Trotz liegt das gesamtwirtschaftliche Haushaltsdefizit mit 2,7% deutlich unter der erforderlichen 3%-Meßlatte. Dies ist ein großer Erfolg der gemeinsamen Anstrengungen von CDU/CSU und FDP. Besonderer Dank und Anerkennung gebühren hierbei Bundesfinanzminister Theo Waigel.

Der Erfolg ist um so bemerkenswerter, als er in erster Linie vom Bund erreicht worden ist: Während im Bund die Neuverschuldung durch unseren klaren Sparkurs gegenüber 1996 um 10 Mrd. zurückgeführt wurde, sind die Defizite von Ländern und Gemeinden um 6,2 Mrd. DM gestiegen.

CDU/CSU und FDP haben in Deutschland die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß wir mit der fristgerechten Einführung des stabilen EURO den Standort Europa im schärfer werdenden internationalen Wettbewerb stärken. Bei langfristigen Zinsen haben wir mit weniger als 5% und beim Preisanstieg mit 1,1% in Deutschland ebenso wie in Europa insgesamt historische Tiefstände erreicht.

Die Zweifel an der Einführung des EURO sind zerstreut – die Finanzmärkte und die große Mehrheit der Unternehmen gehen

inzwischen von einem pünktlichen Start des EURO am 1. Januar 1999 aus. Mit der Vollendung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wird der europäische Binnenmarkt seine positiven Wirkungen für neue Wettbewerbschancen, für mehr Wachstum und damit auch für zusätzliche Arbeitsplätze voll entfalten können. Die Koalition aus CDU/CSU und FDP ist der Garant dafür, daß auch langfristig die Stabilitätskriterien gewahrt bleiben. Deutschland leistet so einen wichtigen Beitrag, damit der EURO so stabil wie die D-Mark wird.

Unsere erfolgreiche Stabilitäts- und Wachstumspolitik hat die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen insgesamt nachhaltig verbessert. Sparmaßnahmen und Sozialreformen, wie bei der Lohnfortzahlung

Die Zweifel an der Einführung des EURO sind zerstreut.

oder beim Kündigungsschutz, zeigen erste Erfolge, die sich positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken. Die jüngste Umfrage des DIHT belegt dies eindrucksvoll: Die Zuversicht der Unternehmen ist gestiegen. Der DIHT erwartet für dieses Jahr inzwischen ein Wachstum des Sozialprodukts von 3%. Ausgelöst durch den weiterhin dynamischen Export setzen sich die Auftriebskräfte mehr und mehr auch auf dem Binnenmarkt durch. Damit werden sich die Chancen für eine positive Wende am Arbeitsmarkt spürbar erhöhen.

Wichtig bleibt, den marktwirtschaftlichen Reformkurs von CDU/CSU und FDP konsequent fortzuführen. Die weiterhin angestrebte große Steuerreform ist dabei der beste Nährboden für Investitionen und mehr Arbeitsplätze.

Der Fahrplan zum EURO

Die nächsten Stationen auf dem Weg zur Europäischen Währungsunion:

- Die EU-Kommission und das Europäische Währungsinstitut (EWI) prüfen anhand der nationalen Wirtschaftsdaten, welches Land reif für den Start des EURO 1999 ist.
- 25. März: Die EU-Kommission und das EWI legen getrennte Berichte mit ihren Bewertungen vor.
- 27. März: Bis zu diesem Tag legt die Bundesbank der Regierung ihre Einschätzung vor. Das Kabinett berät das Gutachten und legt die Position der Regierung fest.
- Im April beraten die nationalen Parlamente und das Europaparlament. Bundestag und Bundesrat haben dafür den 23. und 24. April vorgesehen.
- 1. Mai: Die EU-Finanzminister geben in Brüssel ihr Votum über die Mitglieder des „EURO-Clubs“ ab.
- 2. Mai morgens: Das Europaparlament gibt seine Meinung ab, welche Länder teilnehmen sollten.
- 2. Mai nachmittags: Die Staats- und Regierungschefs der EU treffen

die Entscheidung über die Mitglieder. Spätestens dann wird auch der Präsident der Europäischen Zentralbank benannt.

- 3. Mai: Die EU-Finanzminister legen die bilateralen Wechselkurse der Währungen der Teilnehmerländer zueinander fest, die vom 1. Januar 1999 an unwiderruflich fixiert werden sollen.
- 1. Juli: Die Europäische Zentralbank nimmt ihre Arbeit auf.
- 31. Dezember: Die Umrechnungskurse der Teilnehmerwährungen zum EURO stehen fest.
- 1. Januar 1999: Die Währungsunion startet mit der unwiderruflichen Fixierung der Wechselkurse unter den Teilnehmern. Die Geldpolitik geht auf die Europäische Zentralbank über.
- 1. Januar 2002: Ausgabe der neuen EURO-Münzen und EURO-Geldscheine.
- 1. Juli 2002: Spätestens jetzt wird der EURO alleinige Währung in den Teilnehmerländern. Das alte Geld verliert seine Gültigkeit als Zahlungsmittel. Alte Scheine und Münzen sollen aber weiterhin in EURO umgetauscht werden dürfen.

Die Bundestagswahl ist auch eine Abstimmung über den EURO

Die Bundestagswahl im September wird indirekt auch eine Abstimmung über die Einführung des EUROS sein. Die Deutschen hätten bei der Wahl eine gute Chance, ihre Meinung zur gemeinsamen Währung deutlich zu machen. Das erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl bei seinem Treffen mit Spaniens Regierungschef Jose Maria Aznar in Madrid. Aznar sprach sich indirekt für Kohls Wiederwahl aus: In Europa sei jetzt nicht die Zeit für politische Experimente.

Großartiger Erfolg der Gesundheitsreform

Aus Anlaß der Vorstellung der Finanzergebnisse der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für das Jahr 1997 erklärte der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Lohmann:

Binnen eines halben Jahres haben die beiden GKV-Neuordnungsgesetze für eine beinahe schon sensationelle Umkehrung der Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung gesorgt. 5 Mrd. DM Überschuß in einem halben Jahr – besser kann eine Reformbilanz nicht aussehen!

Dieser Erfolg ist um so erstaunlicher, als die beitragspflichtigen Einnahmen in den alten Bundesländern nur um 0,5 % angestiegen sind, während wir im Osten sogar einen Rückgang von minus 0,9 % zu verzeichnen hatten. Angesichts dieser ungünstigen Rahmenbedingungen wird noch einmal die Richtigkeit der Konzeption der Koalition für die 3. Stufe der Gesundheitsreform bestätigt. Wir müssen uns darauf einstellen, daß auch in den kommenden Jahren die Grundlöhne keine auffallend positive Entwicklung nehmen werden. Da wir aber gleichzeitig übereinstimmend mit Arbeitgebern und Gewerkschaften der Auffassung sind, daß Lohnzusatzkosten und damit auch GKV-Beiträge nicht weiter steigen dürfen, gibt es nur den Weg über das Erschließen von Wirtschaftlichkeitsreserven und eine Stärkung der Eigenverantwortung der Versicherten.

Die Diskussion der vergangenen knapp zwei Jahre, beginnend mit der Vorlage des Entwurfs eines Beitragsentlastungsgesetzes sowie der beiden GKV-Neuordnungsgesetze, hat zu einem grundlegenden Mentalitätswandel geführt. Wir können er-

folgreiche Sparbemühungen der Beteiligten feststellen, die zu einem Rückgang der Leistungsausgaben in den alten Ländern von 2,9 % und in den neuen Ländern sogar von 3,3 % geführt haben.

Dieser Leistungsausgabenrückgang alleine hätte aber nicht ausgereicht, um das Defizit abzubauen. Die Wirkung einer sozial verträglichen Zuzahlungserhöhung kommt hinzu. Dies war die alleinige Alternative zu Leistungsausgrenzungen, die letztendlich den Einstieg in die Zwei-Klassen-Medizin bedeutet hätten und folgerichtig von der Koalition abgelehnt wurden. Die seit 1. Juli 1997 bestehenden Zuzahlungserhöhungen haben die Krankenkassen um 2,5 Mrd. DM zusätzlich entlastet.

Die Beiträge bleiben mindestens im Jahr 1998 stabil

Sparen und Zuzahlungserhöhungen haben dazu geführt, daß das Defizit des 1. Halbjahres 1997 von knapp 4 Mrd. DM in einen Überschuß von 1,1 Mrd. DM im gesamten Jahr umgewandelt werden konnte. Durch die glänzende Bilanz der gesetzlichen Krankenversicherung können wir davon ausgehen, daß die Beiträge im Jahr 1998 mindestens stabil bleiben. Einzelne Krankenkassen werden vielleicht sogar in der Lage sein, ihre Beiträge zu senken. Damit hat die Gesundheitspolitik ihren Beitrag zur Begrenzung der Lohnnebenkosten geleistet.

Dieser Erfolg ist ausschließlich ein Verdienst der Koalition, da sowohl das Beitragsentlastungsgesetz als auch die beiden GKV-Neuordnungsgesetze nur gegen den erbitterten Widerstand der SPD durchgesetzt werden konnten. Die gesundheitspo-

Die Vorschläge der SPD führen zu einer wirkungslosen Regelung

Die SPD hat im Vermittlungsausschuß vorgeschlagen, die Beweiserhebungsverbote für den Einsatz technischer Mittel in Wohnungen zur Beweismittelgewinnung erheblich auszudehnen.

Nicht nur Beichtgespräche, Gespräche mit einem Strafverteidiger und mit Abgeordneten sollten danach prinzipiell nicht abgehört werden dürfen. Dies sollte vielmehr auch für Rechtsanwälte, Patentanwälte, Notare, Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer, Steuerberater und Steuerbevollmächtigte, Zahnärzte, Apotheker, Hebammen, Schwangerschaftskonfliktberater, Betäubungsmittelberaterstellen usw. gelten. Insgesamt hat sie ca. 20 Ausnahmen vorgesehen.

Ein so weit gefaßtes Beweiserhebungsverbot macht die Regelung des „Großen Lauschangriffs“ wirkungslos. Sie führt zu einer unverantwortlichen

Ausdehnung der ermittlungsfreien Räume. Die akustische Wohnraumüberwachung geht damit völlig ins Leere. Dieser Vorschlag der SPD widerspricht der Vereinbarung, die die Sozialdemokraten mit der Koalition einvernehmlich getroffen haben.

... darf nicht scheitern

Erwin Marschewski, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Ich fordere die A-Länder, namentlich den SPD-Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder, auf, im Bundesrat für den zwischen der SPD und der Koalition verabredeten Gesetzentwurf zu stimmen. Der „Lauschangriff“ darf nicht scheitern; dies diente nur den Gangstern.

Ebenso darf die neue Geldwäscheregelung nicht scheitern; die Regelung ist die wichtigste Waffe gegen Drogen- und Menschenhändler sowie gegen Schleuserbanden.

litischen Rezepte der Opposition hätten nicht im Ansatz einen solchen Erfolg gebracht. Schröder und Lafontaine sprechen in Sonntagsreden von einem notwendigen Umbau des Sozialstaates, den sie aber im Bundesrat bei jeder nur denkbaren Gelegenheit verhindern.

Wir sind uns bewußt, daß mit der 3. Stufe der Gesundheitsreform aus Sicht der Betroffenen unpopuläre Entscheidungen getroffen wurden. Die jetzt vorgelegte GKV-Finanzbilanz trägt aber eindrucksvoll dazu bei, eine weitere Belastung der Arbeitskosten zu verhindern und dadurch Arbeitsplätze zu sichern.

Wenn wir Deutschland für das nächste

Jahrtausend fit machen wollen, wenn wir endlich die viel zu hohe Zahl von Arbeitslosen durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen reduzieren wollen, dann gibt es zur jetzigen Koalition keine Alternative.

Niemand hat für die schwierigen Probleme, die sich im Zusammenhang mit der Globalisierung stellen, Patentrezepte, aber wir haben wenigsten den Mut, uns gegen den negativen Trend zu stemmen und Reformen durchzusetzen. Die Bürgerinnen und Bürger werden die Richtigkeit dieses Wegs erkennen und die populistischen Versprechungen der SPD als solche entlarven. ■

Hamburgs Sozialsenatorin zurückgetreten

Die Hamburger Sozialsenatorin Helgrit Fischer-Menzel (SPD) ist am 1. März von ihrem Amt zurückgetreten. Grund dafür sind Vorwürfe, sie habe persönlich dafür gesorgt, daß die Hamburger Alida-Schmidt-Stiftung, die sich um Alkoholranke kümmert und bei der

ihr Mann Peter Fischer Geschäftsführer ist, einen staatlichen Zuschuß von 1,3 Millionen Mark erhält. Fischer-Menzel fällt diese Entscheidung, obwohl das zuständige Fachamt ihrer Behörde das Geld einem anderen Träger habe zukommen lassen wollen.

Neue deutsche Familienpolitik

Landesminister haben in der Regel nur eine Gelegenheit, bundesweit bekannt zu werden – durch ihren Rücktritt. Edwin Zimmermann (Brandenburg), Margarethe Nimsch (Hessen) und nun Helgrit Fischer-Menzel (Hamburg) wären niemals an das Licht einer breiteren Öffentlichkeit gerückt, hätten sie nicht Freunde und Familie subventioniert.

Berliner Zeitung

Ehegatten-Splitting

Gerade bei den Grünen und beim linken Flügel der SPD sollte man gemeinhin nicht unbedingt „Cousinenwirtschaft“ oder „Ehegatten-Splitting“ vermuten, wie die jüngsten Begünstigungs-Affären in Hessen und in Hamburg genannt werden. Aber siehe, die einen sind auch nicht besser als die anderen. Zuerst der Rücktritt der hessischen Grünen-Ministerin Margarethe Nimsch, die Parteifreundinnen mit Aufträgen bedachte, und am Sonntag die Aufgabe der Hamburger Sozialsenatorin Helgrit Fischer-Menzel, die der Stiftung ihres Gatten ein 1,3-Millionen-Mark teures Therapieprojekt zuschanzte: Die angeblich so lauterer Linken sind stark gebeutelt.

Stuttgarter Nachrichten

Unser Geld

Der Umgang mit Steuergeld nach Guts-herrenart – hört das denn nie auf? In Hamburg hatte die Sozialsenatorin ihrem Mann einen schönen Millionenauftrag zugeschanzt. Gestern mußte sie gehen. In

Pressestimmen

Hessen wollte die Umweltministerin eine grüne Parteifreundin bedienen – auch Rücktritt. In Brandenburg jonglierte Ministerin Hildebrand mit Millionen, ganz wie's ihr gefällt. Ihr Stuhl wackelt. Vetterwirtschaft, Mißwirtschaft. Ob die Handelnden dreist sind oder einfach nur naiv, ist dem Bürger egal. Er will sein Geld mit Anstand und Umsicht verwaltet sehen. Wer dagegen verstößt, hat in einem öffentlichen Amt wirklich nichts verloren.

Bild

Selbstbedienung

So drängt sich auch bei diesem Skandal der Eindruck auf, daß immer mehr Politiker ihr Amt als Selbstbedienungsladen betrachten, aus dem man sich nach Gutdünken bedienen kann. Ob seinerzeit in Niedersachsen, wo Umweltministerin Monika Griefahn ihrem Mann Aufträge für die Expo zuschustern wollte, ob in Hessen, wo

die Grünen-Umweltministerin Margarethe Nimsch freihändig Projekte an Parteifreundinnen vergab, ob jetzt in Hamburg – das Bewußtsein für korrekten Umgang mit öffentlichen Geldern scheint zu schwinden. Für die Bürger ist dies ein fatales Signal.

Stuttgarter Zeitung

Rücktritt an der Alster

Hamburgs SPD hat kein Glück mit Senatorinnen des linken Parteiflügels. Eine Zuwendungs-Affäre zugunsten ihres Ehemannes hat die Arbeits- und Sozialsenatorin Helgrit Fischer-Menzel zum Rücktritt gezwungen. Bei der Stadtentwicklungssenatorin Traute Müller war es ein Spionagefall, in den ihr Lebensgefährte verwickelt war, der sie demissionieren ließ. Ob es nun eigene Einsicht der Genossin Fischer-Menzel oder das Machtwort des Bürgermeisters Ortwin Runde war, der als erster Regierungschef des Stadtstaates mit dem Berufungs- und Ent-

lassungsrecht der Senatsmitglieder ausgestattet ist, kann dahingestellt bleiben. Offenbar war die Rücktrittserklärung so eilbedürftig, daß nicht einmal der Wahlsonntag abgewartet und dem Kanzlerkandidaten-Anwärter Gerhard Schröder gegenüber innerparteiliche Rücksicht geübt werden konnte.

Die Welt

Ohne Feingefühl

Es geht um das richtige Gespür in der Politik, um das Vermeiden des bösen Scheins. Dieses Gebot verlangt, daß Frau Fischer-Menzel und ihr Ehemann von Anfang an eine klare Trennungslinie hätten ziehen müssen: Solange sie Sozialsenatorin ist, bekommt seine Firma keine Aufträge von der Sozialbehörde. Wenn das seiner Firma die Existenzgrundlage geraubt hätte, hätte sie eben nicht an die Spitze dieser Behörde rücken dürfen. So viel politisches Feingefühl darf man verlangen.

Süddeutsche Zeitung

Hamburger CDU will Untersuchungsausschuß

Nach dem Rücktritt von Hamburgs Sozialsenatorin Helgrit Fischer-Menzel (SPD) hat CDU-Oppositionschef Ole von Beust einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß zum „sozialdemokratischen Filz“ in der Hansestadt gefordert. Mit dem Untersuchungsausschuß will die CDU die Umstände von Fischer-Menzels Rücktritt klären.

„Es stinkt zum Himmel“, kommentierte von Beust die Entscheidungen in Hamburg, die von Vetternwirtschaft geprägt sind. Der Fall Fischer-Menzel sei „nur die Spitze des Eisbergs“.

Staatsanwälte ermitteln gegen Hildebrandt

Im Mai 1995 hatte die brandenburgische Sozialministerin Regine Hildebrandt dem Parlament mitgeteilt, daß nicht verbrauchte Fördermittel ordnungsgemäß an das Finanzministerium zurückgeflossen seien. Das ist offensichtlich nicht geschehen.

Nun ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen sie wegen des Verdachts der Veruntreuung von Haushaltsmitteln. Die Gelder seien nicht an das Finanzministerium zurückgeflossen, sondern lediglich auf anderen Konten „geparkt“ worden, um über sie im Jahr darauf wieder verfügen zu können.

Die Bundeswehr steht mitten in unserer Gesellschaft

Zum Jahresbericht 1997 der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Claire Marienfeld, erklärten der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer, und der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Arbeitsbereich der Wehrbeauftragten, Jürgen Augustinowitz:

Die Bundeswehr wird von unserer Gesellschaft, in deren Mitte sie sich befindet, mit all ihren Fragestellungen und Herausforderungen voll gefordert. Der Wehrbeauftragtenbericht versteht sich immer als Mängelbericht und nicht als umfassende, wertende Bestandsaufnahme.

Die Wehrbeauftragte zeichnet in ihrem dritten Jahresbericht ein insgesamt positives Bild von der Bundeswehr. Wir stimmen mit ihr überein, daß die Wehrpflicht die bessere Wehrform für unsere Bundeswehr in unserer demokratischen Gesellschaft ist. Zu der von der Wehrbeauftragten festgestellten Attraktivierung der Wehrpflicht, gerade auch unter den Jugendlichen, und der rückläufigen Kriegsdienstverweigererquote haben die von der Koalition vorangetriebenen Maßnahmen zur finanziellen und ideellen Aufwertung der Wehrpflicht entscheidend beigetragen.

Wir stimmen insbesondere überein mit der Wertung der Wehrbeauftragten, daß Gewaltbereitschaft und rechtsextremistische Handlungen kein spezifisches Problem der Bundeswehr darstellen. Was Elternhaus und Schule versäumen, kann die Bundeswehr nicht in 10 Monaten nachholen. Gesellschaftliche Erscheinungen machen vor Kasernentoren nicht halt und führen leider

zu einzelnen, nicht zu verallgemeinernden Vorkommnissen, die in der Regel mit Mitteln des Disziplinar- und Strafrechts gehandelt werden können. Unserer Meinung nach ist es in hohem Maße irreführend und ungerecht, wenn Verfehlungen einzelner Soldaten zur pauschalen Verunglimpfung der gesamten Bundeswehr benutzt werden.

Die Wehrbeauftragte hat unsere volle Unterstützung, wenn sie den Stellenwert der politischen Bildung für das Selbstverständnis der Soldaten hervorhebt. Eine lebendige Demokratie braucht den Staatsbürger in Uniform, der sich des hohen moralischen Anspruchs seines grundgesetzlichen Auftrages bewußt ist. Nur wer die Geschichte seines Landes kennt und sich mit ihr auseinandersetzt, ist fähig,

Erfeulich ist die hohe Akzeptanz der Streitkräfte in unserer Gesellschaft, die u. a. auf den Einsatz bei der Beseitigung des Oderhochwassers im letzten Jahr zurückzuführen ist.

seinen Standpunkt in einer sich dramatisch verändernden Welt zu definieren. Zivilcourage und kritisches Urteilsvermögen bieten die sicherste Gewähr gegen Demagogie und Intoleranz. Auf allen Führungsebenen der Bundeswehr müssen die Anstrengungen für eine wertevermittelnde politische Bildung verstärkt werden. Diesen Appell richten wir nicht nur an die Bundeswehr, sondern an alle relevanten Institutionen und Organisationen unserer Gesellschaft.

Gerade vor dem Hintergrund einzelner Vorfälle mit rechtsradikalem Hintergrund in der Bundeswehr und des laufenden Untersuchungsausschusses begrüßen wir ausdrücklich, daß das Bundesministerium der Verteidigung klare Hinweise zum Traditionsverständnis gegeben hat. Uns erscheint dabei die Tatsache, daß die Bundeswehr selbst über eine mehr als 40jährige Geschichte verfügt, ein wesentliches Standbein für die Begründung einer eigenen Tradition zu sein.

Wir stimmen mit der Wehrbeauftragten auch darin überein, daß Innere Führung über dienstliche Pausen oder das Ende des täglichen Dienstbetriebes hinausgeht. Gerade wegen mancher aktueller Diskussionsbeiträge ist in Übereinstimmung mit der Wehrbeauftragten hervorzuheben, daß dabei den Soldaten nicht die Gewißheit genommen werden darf, daß ihre Vorgesetzten ihnen vertrauen. Die Bundeswehr muß nach Zeiten – durch politische Umbrüche notwendiger – tiefgreifender Umstrukturierungen in ein ruhigeres Fahrwasser kommen, um der Inneren Führung den notwendigen Stellenwert zu sichern.

Erfreulich ist die festgestellte hohe Akzeptanz der Streitkräfte in unserer Gesellschaft, die u. a. auf die Leistungen der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien und den Einsatz von über 30.000 Soldaten bei der Bewältigung des Oderhochwassers zurückzuführen ist. Die Bundeswehr im Einsatz für Frieden in Freiheit und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker prägt das Bild unserer Streitkräfte in der Öffentlichkeit.

Der weitere Anstieg des Drogenmißbrauchs in der Bundeswehr entspricht leider dem gesamtgesellschaftlichen Trend. Drogenprävention, Aufklärung und Beratung müssen intensiviert werden, um diesem Trend wirksam gegensteuern zu können. Positiv ist, daß im Berichtszeitraum kein nennenswerter Anstieg beim Alkoholmißbrauch festgestellt werden konnte. Einer Diskussion bedarf hingegen der Anstieg bei Unfällen im Umgang mit Waffen und Munition.

Für ihre Arbeit sprechen wir der Wehrbeauftragten als kritischer Begleiterin der Bundeswehr im Namen unserer gesamten Fraktion unseren Dank aus.

Stichwort: Jahresbericht der Wehrbeauftragten

Jedes Frühjahr präsentiert die Wehrbeauftragte des Bundestages, Claire Marienfeld, ihren Bericht über den inneren Zustand der Bundeswehr. Der Report spiegelt die gesamte Fülle der Probleme wider, mit denen die Führung der Streitkräfte und die Soldaten im abgelaufenen Jahr konfrontiert waren. Auch gibt er Auskunft über die Stimmung unter den Angehörigen der Bundeswehr.

Jeder Soldat hat zu jeder Zeit die Möglichkeit und das Recht, sich

mündlich oder schriftlich an die Wehrbeauftragte zu wenden. Es dürfen ihm daraus keine Nachteile entstehen. Das Amt ist einmalig in der Welt. Der frühere Wehrbeauftragte, Karl-Wilhelm Berkhan, hat sein Verständnis über die Einrichtung einmal so definiert: „Das Amt ist nicht das personifizierte Mißtrauen gegenüber der Bundeswehr, sondern es personifiziert den Rechtsstaat gegenüber dem Grenadier ebenso wie gegenüber dem General.“

Was die Linken wirklich wollen

Die politischen Wunschvorstellungen von SPD, Grünen und PDS

Stichwort Wehrpflicht

SPD

Die SPD vermeidet eine eindeutige Position: „Die SPD will die Anwendung der Wehrpflicht solange wie vernünftig begründbar aufrechterhalten. Die Anwendung der Wehrpflicht darf einer Verringerung unserer Streitkräfte nicht im Wege stehen. Die Alternative ist dann die Aussetzung der Wehrpflicht in normalen Friedenszeiten oder deren weitere deutliche Verkürzung.“ (Beschluß A1, SPD-Bundesparteitag, Hannover, 3. 12. 1997)

GRÜNE

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für die Abschaffung der Wehrpflicht und damit auch des Zivildienstes ein. Eine allgemeine Dienstpflicht lehnen sie ab und bekunden statt dessen ihre Solidarität mit allen, „die Zwangsdienste verweigern und sich gegen die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr wehren“. „Die langfristig angelegte anti-militaristische Strategie von Bündnis 90/Die Grünen zielt darauf ab, Militärbündnisse und nationale Armeen in eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung aufzulösen.“ (Entwurf des Bundestagswahlprogramms).

PDS

Die SED-Fortsetzungspartei lehnt die Wehrpflicht ebenso wie „andere Zwangsdienste“ ab. Sie will nicht nur den Wehrdienst abschaffen, sondern die Bundeswehr – ebenso wie NATO und WEU – gleich mit. Als angeblich „antimilitaristische Partei“ hält die PDS die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands „nicht mehr für erforderlich“ (Entwurf des Bundestagswahlprogramms).

Die CDU dagegen beantwortet die Frage nach der allgemeinen Wehrpflicht mit einem klaren Ja. Wir messen der gesellschaftlichen Legitimation und der politischen Kontrolle, die mit der allgemeinen Wehrpflicht einhergehen, größten Stellenwert bei. Dabei sind wir überzeugt, daß die allgemeine Wehrpflicht aufgrund ihrer gesellschaftspolitischen und sicherheitspolitischen Bedeutung auch in der heutigen Zeit die insgesamt beste Wehrform für unser Land darstellt.

Rechte und Ansprüche werden in keiner Weise eingeschränkt

Zum Zwischenbericht des CDU/CSU-Arbeitskreises „Enteignungen 1945 bis 1949“ (UiD Extra 6/1998) unter Vorsitz von Professor Rupert Scholz erklärte der Chef des Bundeskanzleramts, Bundesminister Friedrich Bohl:

Die im Zwischenbericht des CDU/CSU-Arbeitskreises „Enteignungen 1945 bis 1949“ vorgeschlagenen Maßnahmen sind aus Sicht der Bundesregierung gut geeignet, rechtliche Zweifelsfragen und Verzögerungen, die sich im Vollzug des Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetzes (EALG) und der Flächenerwerbsverordnung (FlErwV) ergeben haben, zu beseitigen.

Praktische und administrative Erschwernisse werden abgebaut, Investitionen im land- und forstwirtschaftlichen Bereich werden in den neuen Bundesländern damit rascher und wirksamer als bisher ermöglicht.

Beschleunigung der oft langwierigen Verfahren

Nach Auffassung der Bundesregierung werden durch die vorgeschlagenen Verbesserungen gesetzliche Rechte und Ansprüche von Berechtigten in den neuen Bundesländern nicht eingeschränkt oder in sonstiger Weise verkürzt.

Der Arbeitskreis hat nach Ansicht der Bundesregierung mit seinen Vorschlägen zur Beschleunigung und Verbesserung der oft langwierigen und komplizierten Verfahren zum Erwerb der ehemals volkseigenen Land- und Forstflächen in den neuen Bundesländern eine sehr qualifizierte

Arbeit geleistet. Die Bundesregierung dankt dafür dem Arbeitskreis.

Die näheren Einzelheiten werden mit den neuen Bundesländern erörtert.

Da es sich um einen Zwischenbericht des Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion handelt, geht die Bundesregierung davon aus, daß die näheren Einzelheiten der vorgeschlagenen Maßnahmen nunmehr insbesondere mit den neuen Bundesländern erörtert werden. Sie selbst wird ebenfalls solche Gespräche aufnehmen.

Schüler Union: Laser-Pointer verbieten

Für ein grundsätzliches Verbot von Laser-Pointern an den Schulen hat sich der Bundesvorsitzende der Schüler Union, **Christian Jung** (Neckargemünd) ausgesprochen. Mittlerweile seien die für Vorträge gedachten „elektronischen Zeigefinger“ zu einem beliebten Spielzeug auf den Schulhöfen geworden. „Die Laserstrahlen reichen mehrere Meter weit und können beim Zielen auf die Augen möglicherweise zu Schäden führen“, sagte Jung. Besonders die Billiggeräte aus Fernost seien ein begehrtes Spielzeug, die gesundheitlichen Folgen jedoch überhaupt nicht abschätzbar.

Die jüngsten Äußerungen von Gorbatschow sind unverständlich

Der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl, erklärte zu der Darstellung des ehemaligen sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow, bei den Verhandlungen über die deutsche Einheit nicht gefordert zu haben, daß den durch die Bodenreform enteigneten Alteigentümern ihre Grundstücke nicht zurückgegeben werden sollen:

Die jüngsten Äußerungen des ehemaligen sowjetischen Partei- und Staatschefs Michail Gorbatschow sind für die Bundesregierung unverständlich und nicht nachvollziehbar. Sie widersprechen seiner klaren Stellungnahme im Magazin „Der Spiegel“ vom 5. September 1994, in der Gorbatschow ausgeführt hat:

Unserer Position wurde in der Gemeinsamen Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik und der DDR vom 15. Juni 1990 zur Regelung offener Vermögensfragen Rechnung getragen. Dort hieß es:

Die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage (1945 – 1949) sind nicht mehr rückgängig zu machen. Die Regierung der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik sehen keine Möglichkeit, die damals getroffenen Maßnahmen zu revidieren. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nimmt dies im Hinblick auf die historische Entwicklung zur Kenntnis. Sie ist der Auffassung, daß einem künftigen gesamtdeutschen Parlament eine abschließende Entscheidung über etwaige staatliche Ausgleichsleistungen vorbehalten bleiben muß.

Am 12. September 1990 haben Herr Genschker und Herr de Maizière den sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse über diese gemeinsame Erklärung informiert. Damit wurde die Entscheidung über Entschädigung (nicht Restitution) dem künftigen deutschen Parlament zugewiesen.

Diese Position hat Gorbatschow bei seinem Besuch in Deutschland Anfang September 1994 mehrfach wiederholt. Auch in seinem Gespräch mit dem Bundeskanzler am 7. September 1994 hat er bestätigt, daß Moskau bei den Verhandlungen über die deutsche Einheit von der Unumkehrbarkeit der Enteignungen ausgegangen sei.

Im übrigen ist festzustellen, daß die Aktenlage der 2+4-Verhandlungen über die äußeren Aspekte der deutschen Einheit und zu den deutsch-deutschen Verhandlungen über die offenen Vermögensfragen eindeutig belegt ist.

● Die Sowjetunion und die DDR haben im Jahre 1990 von Anfang an sowohl bei dem 2+4-Abkommen sowie auch bei dem Einigungsvertrag mit allem Nachdruck auf der Unumkehrbarkeit der Enteignungen im Zusammenhang mit der sog. Bodenreform bestanden. Die sowjetische Seite hat die Aufrechterhaltung der Enteignungen bei den 2+4-Verhandlungen zur Vorbedingung der deutschen Vereinigung gemacht.

● Aus den der Bundesregierung vorliegenden Dokumenten geht zweifelsfrei hervor, daß die Sowjetunion die Unterzeichnung des 2+4-Vertrages von der Überreichung eines Briefes, in dem ausdrücklich Bezug auf die deutsch-deutsche Erklärung vom 15. Juni genommen wurde, abhängig gemacht hat. In dieser Erklärung heißt es,

daß die Enteignungen von 1949 „nicht mehr rückgängig zu machen“ sind.

● Zu erinnern ist auch daran, daß die bundesdeutsche Seite damals in der „Gemeinsamen Erklärung zur Regelung offener Vermögensfragen“ nur den Begriff „Ausgleichsleistungen“, nicht aber „Entschädigungen“ durchsetzen konnte. Seit der deutsch-deutschen Erklärung vom 15. Juni 1990 war politisch klar, daß die Enteignungen von 1945 – 1949 nicht mehr rückgängig zu machen seien.

Keine neuen Erkenntnisse

● Das Bundesverfassungsgericht hat deshalb in seiner Entscheidung vom 23. April 1991 den Restitutionsausschluß für verfassungsgemäß erklärt und mit Beschluß vom 18. April 1996 nach einer erneuten aus-

fürlichen Prüfung und Auseinandersetzung mit den in der Öffentlichkeit zwischenzeitlich vorgetragenen Behauptungen und Argumenten festgestellt, es lägen keine neuen Erkenntnisse vor, die die Einschätzung der Bundesregierung über die Verhandlungslage mit der Sowjetunion und der DDR in Frage stellten.

Unumkehrbare Maßnahmen

Die Bundesregierung hält an den Vereinbarungen zur Unumkehrbarkeit der Maßnahmen im Zusammenhang mit der sog. Bodenreform fest. Mit dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz ist ein Ausgleich für das damals erlittene Unrecht erreicht, und gleichzeitig sind die Interessen der heute in den neuen Bundesländern lebenden und wirtschaftenden Menschen gewahrt worden.

Kriminalbeamte fordern schärfere Bekämpfung von Sozialmißbrauch

Eine schärfere Bekämpfung von Sozialmißbrauch hat der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) gefordert. Allein in Berlin habe im vergangenen Jahr die Anzahl von Ermittlungsverfahren wegen Sozialleistungsbetrugs um fast neun Prozent zugenommen, erklärte der BDK am 25. Februar. Besonders auffällig sei mit 74 Prozent der hohe Ausländeranteil an den Tatverdächtigen.

Seit Ende 1995 seien in Berlin fast 2.000 Ermittlungsverfahren allein gegen bosnische Kriegsflüchtlinge geführt worden, die mit gefälschten Urkunden und Mehrfachidentitäten bei verschiedenen Sozialämtern abkassier-

ten, teilte der BDK mit. Es seien sogar extra Busunternehmen gegründet worden, um rechtzeitig zum Abkassieren vor Ort zu sein.

Angesichts vermuteter bundesweiter Schäden in dreistelliger Millionenhöhe fordert der BDK unter anderem die umgehende Datenvernetzung aller Sozialbehörden, die Einrichtung zentraler Verbindungsstellen zwischen Sozialbehörden und Polizei sowie eine intensivere Bekämpfung der Schleuserkriminalität. Ausländer, die ihre Papiere angeblich verloren haben und ihre Mitarbeit an der Ausstellung von Ersatzpapieren für eine Ausreise verweigern, sollten in Beugehaft genommen werden.

Unverantwortliche Panikmache der SPD im Vorfeld des CASTOR-Transportes nach Ahaus

Im Vorfeld des für Ende März geplanten CASTOR-Transportes in das Zwischenlager Ahaus betreiben SPD und Grüne eine unverantwortliche Panikmache. Nicht nur in Ahaus selber, sondern in zahlreichen Gemeinden – wie zum Beispiel in der Stadt Bonn – wird mit billiger Polemik und absurden Anschuldigungen versucht, Ängste der Bürger zu schüren. So kritisierte die Bonner SPD Ende Januar in einer Flugblattaktion die angebliche mangelnde Information von Bürgern und Kommunen über den genauen Weg der CASTOR-Transporte und beklagte außerdem unzureichende Sicherheitsmaßnahmen. Wir geben deshalb eine Erklärung des Bundesumweltministeriums vom 12. Februar wieder, in der die Hintergründe des CASTOR-Transportes umfassend erläutert werden.

SPD stiehlt sich aus der Verantwortung für die Entsorgung

Der bevorstehende CASTOR-Transport nach Ahaus wird im Rahmen des zusammen mit der SPD beschlossenen deutschen Entsorgungskonzepts durchgeführt. Die Zwischenlagerung bestrahlter Brennelemente in externen Zwischenlagern wurde bereits 1979 zwischen Bund und Ländern als die sicherheitstechnisch vorteilhafteste Lösung vereinbart. Hierüber bestand voller Konsens. Zur Nutzung der in den 80er Jahren errichteten Lager gab und gibt es keine kurzfristig zu realisierenden Alternativen. Die Transporte zu den Zwischenlagern werden von der Elektrizitätswirtschaft durchgeführt. Die Transporttermine rich-

ten sich nach den polizeilichen Möglichkeiten und werden von den Innenbehörden der Länder festgelegt. Sie entscheiden auch, welche weiteren Behörden von den Transporten unterrichtet werden. Das Bundesamt für Strahlenschutz erteilt die Transportgenehmigung, auf die die Elektrizitätsversorgungsunternehmen bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen einen Rechtsanspruch haben, wenn die Sicherheitsnachweise erbracht sind.

Zur Notwendigkeit der Transporte zum Zwischenlager Ahaus zur Entsorgung der Kernkraftwerke Neckarwestheim und Gundremmingen hat es zuletzt am 17. April 1997 im Rahmen der Gespräche über eine energiepolitische Verständigung eine Anhörung der Elektrizitätswirtschaft gegeben, an der auch MP Schröder und der SPD-Bundesgeschäftsführer Müntefering teilgenommen hatten.

An diesen Fakten können auch die in der Erklärung des umweltpolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion, Michael Müller, am 12. Februar 1998 verbreiteten Unwahrheiten nichts ändern.

Bundesumweltministerin **Angela Merkel**: „Ich bin betroffen über die Versuche der SPD, im Vorfeld des nächsten CASTOR-Transportes die Menschen zu verunsichern. Statt – bei allen politischen Gegensätzen – im Interesse des Gemeinwesens zur Mäßigung beizutragen, wird mit Diffamierungen und sachlichen Unrichtigkeiten „Stimmung“ erzeugt. Angesichts einer kleinen, aber gewaltbereiten Gruppe im Umfeld von CASTOR-Transporten eignet sich dieses Thema nicht zur eigenen politischen Profilierung.“

Im einzelnen wird vom Bundesumweltministerium auf folgende Richtiggstellungen verwiesen:

- CASTOR-Transporte werden nur im atom- und polizeirechtlichen Einvernehmen mit den zuständigen Landesbehörden durchgeführt.

Weltweit führend

● Was die vorgesehene Endlagerung radioaktiver Abfälle betrifft, hat die Bundesrepublik Deutschland weltweit eine führende Stellung. Nach eigener Aussage des niedersächsischen Umweltministeriums steht das Endlagerprojekt KONRAD kurz vor der Planfeststellung. Die Erforschung des Erkundungsbergwerkes Gorleben in einem 250 Millionen Jahre alten Salzstock ist weit fortgeschritten. Alle diese Arbeiten wurden von der Bundesregierung planmäßig fortgeführt.

● Die Entsorgungsgrundsätze stehen nach wie vor im Einklang mit dem Beschluß der Ministerpräsidenten der Länder von 1979 und sind in keiner Weise hinfällig. Die verlangten Fortschritte bei der Endlagerung sind gegeben. Die Bundesregierung sieht keinesfalls die langfristige Zwischenlagerung als ausreichenden Entsorgungsvorsorgenachweis an. Es war vielmehr Ministerpräsident Schröder, der in den Konsensgesprächen diese Forderung erhoben hatte.

● Bundesumweltministerin Angela Merkel hat niemals behauptet, das Endlager Gorleben könne nicht vor 2025 in Betrieb gehen. Es war vielmehr eine Forderung des Landes Niedersachsen, das

Endlager Gorleben im Hinblick auf die Abklingzeit abgebrannter Brennelemente von 40 Jahren erst später in Betrieb zu nehmen.

● Für das Zwischenlager Ahaus hatte 1992 das Bundesamt für Strahlenschutz in Abstimmung mit dem Land NRW eine erweiterte atomrechtliche Aufbewahrungsgenehmigung erteilt, sie stellte die Grundlage dafür dar, daß in Ahaus von 1992 bis 1995 insgesamt 305 CASTOR/AVR-Behälter mit bestrahlten Brennelementkugeln aus dem stillgelegten THTR-Reaktor eingelagert werden konnten.

Keinesfalls „geheim“

● Die Genehmigung für die Zwischenlager Ahaus und Gorleben wurden keinesfalls „insgeheim“ erteilt, sondern mit bewußter Beteiligung der Öffentlichkeit und in voller Kenntnis der damals von der SPD gestellten Bundesregierung.

● Bei den Transporten von CASTOR-Behältern ist eine Strahlengefährdung weder für die Bevölkerung noch für die den Transport begleitenden Polizeikräfte zu befürchten. Neuere Erkenntnisse, die dem widersprechen, gibt es nicht.

● Das Bundesumweltministerium hat sich Gesprächen über einen Energiekonsens nie verweigert. Die 3. Runde führte am 1. Februar 1997 zu einem in einer Expertenrunde erstellten Verständigungspapier. Die SPD hat zu diesem Verständigungspapier bis heute politisch nicht Stellung genommen. Es ist demnach Sache der SPD, an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

BMW plant 1 000 neue Stellen

BMW will 1998 im Zusammenhang mit der neuen 3er-Reihe wieder mehr als 670000 Autos bauen und 1000 neue Stellen schaffen. Das sagte Joachim Milberg, Vorstandsmitglied der Bayerischen Motoren Werke AG, bei der Präsentation der neuen 3er-Limousine auf der spanischen Formel 1-Rennstrecke in Jerez, die am 24. Februar zu Ende ging.

Bundesarbeitskreis Polizei

Sicherheitspartnerschaft zwischen Polizei, Kommunen und Bürgern

Unter diesem Arbeitstitel stand die Sitzung des Bundesarbeitskreises Polizei Ende Januar 1998 im Konrad-Adenauer-Haus. Der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Polizei, Heinz Paus MdL, konnte dazu als Referenten Dr. Gertrud Witte, Beigeordnete des Deutschen Städtetages, Erwin Hetger, Landespolizeipräsident des Landes Baden-Württemberg, und Dagobert Allhorn, Leiter Gefahrenabwehr und Strafverfolgung beim Polizeipräsidenten Krefeld, begrüßen.

Ziel der Arbeitssitzung war, vor dem Hintergrund der Vorschläge von Bundesinnenminister Kanther zum Aufbau eines „Sicherheitsnetzes“ erste Erfahrungen zu diskutieren und politisch zu bewerten.

Öffentliche Ordnung wieder in Polizeigesetze aufnehmen

Der öffentlichen Ordnung als Vorstufe der öffentlichen Sicherheit muß wieder mehr Bedeutung zugemessen werden. Das heißt vor allem, daß der Begriff der öffentlichen Ordnung wieder in den Polizeigesetzen aller Bundesländer verankert werden muß und die Polizei damit wieder den Auftrag bekommt, die öffentliche Ordnung sicherzustellen.

Mehr Sanktionsmöglichkeiten für die Kommunen

Die Kommunen benötigen bei Verstößen gegen die öffentliche Ordnung ausreichende Sanktionsmöglichkeiten. So fehlt vielen Städten die rechtliche Handhabe, seit Jahren auf der Straße lebende Alkoholiker

und Obdachlose, die Aufenthaltsverboten und Platzverweisen beharrlich nicht nachkommen sowie Bußgelder nicht zahlen können, von der Straße wegzuholen. Zu überlegen ist daher, ob den Kommunen nicht eine eigene kommunale Sanktionsmöglichkeit, etwa in Form der Anordnung gemeinnütziger Arbeit oder der Einweisung in die Therapie, ermöglicht werden sollte.

Erfolg mit kommunaler Kriminalprävention

Gute Ergebnisse in der kommunalen Kriminalprävention hat man in Baden-Württemberg mit „Fördervereinen“ und „Präventionsvereinen“. Den Vorsitz führen dabei jeweils der Bürgermeister oder der Landrat. Die Wirtschaft unterstützt diese Vereine finanziell, so daß es genügend finanziellen Spielraum für Aktivitäten gibt.

Problematisch ist jedoch, daß in vielen Bundesländern, im Unterschied zu den rund um die Uhr besetzten Polizeidienststellen, in vielen kommunalen Dienststellen nach nachmittäglichem Dienstschiuß kein Ansprechpartner mehr vorhanden sei. Zu prüfen ist daher, ob es nicht im Rahmen eines Spätdienstes oder sogar 24-Stunden-Dienstes zu ermöglichen ist, daß beispielsweise ein Vertreter des Jugendamtes auch noch spätabends herbeigerufen werden kann.

Krefelder Modell

Als vorbildliches Modell für praktizierte Sicherheitspartnerschaft begrüßt der Bundesarbeitskreis den Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) in Krefeld. In dieser

unter Oberbürgermeister Dieter Pützhofen, MdB, CDU-regierten Großstadt werden Ordnungsstörungen durch eigene Kommunkräfte bekämpft. Einheitlich gekleidet geht der KOD Streife und kontrolliert dabei auch Unterführungen und andere sicherheitsrelevante Punkte. Die Aktivität des KOD ist mit denen der Polizei abgestimmt, Angehörige des Ordnungsdienstes werden von der Polizei ausgebildet. SPD und Grüne lehnten den Kommunalen Ordnungsdienst anfangs vehement ab – nun wird das von der Krefelder CDU initiierte Krefelder Modell überall in NRW nachgeahmt, so in Mönchengladbach, Duisburg und Düsseldorf.

Wichtige Bedeutung des Unterbindungsgewahrsams

Um die öffentliche Ordnung zu sichern, verfolgt die Polizei in Baden-Württemberg die „New Yorker Linie“. So geht man gegen Alkoholiker im Straßenbild genauso vor wie gegen Abhängige illegaler Drogen. Als erstes erfolgt ein Platzverweis, dann kommt das sofort einzutragende Bußgeld und im Falle weiterer Sanktionsnotwendigkeit die Gewahrsamsnahme. In Baden-Württemberg ist diese in der Form des Unterbindungsgewahrsams oder des Präventionsgewahrsams für einen Zeitraum von bis zu 14 Tagen möglich.

Örtliches Lagebild erstellen

Notwendig ist, ein örtliches Lagebild zu erarbeiten, das polizeiliche, aber auch andere relevante Informationen enthält und bis auf die Ebene der Ortsteile, Plätze, wenn nötig auch Straßen heruntergeht. Vorreiter ist auch hier Baden-Württemberg. Dort wird seit längerem eine Datenbank aufgebaut, die Ende 1998 einsatzfähig sein wird. Es wird dann möglich sein, daß der örtliche Revierführer sich per Datenbank das aktuelle örtliche Lagebild abrufen und dementsprechend seine Aufträge vergeben kann. Daten aus dieser Daten-

bank könnten auch an Bürgermeister und Landräte weitergegeben werden, beispielsweise auch personenbezogene Angaben an die Bürgermeister als Vorsitzende der kommunalpräventiven Räte.

Polizeiverordnungen überarbeiten

Dringend überarbeitet werden müssen die örtlichen Polizeiverordnungen, die zu meist ungenutzt in den Schubladen liegen. Mit Hilfe solcher auf den neuesten Stand gebrachten und handhabbarer gemachten Polizeiverordnungen könnten die Möglichkeiten zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung verbessert werden.

Verdachtsunabhängige Kontrollen des BGS

Der Bundesgrenzschutz darf bislang keine verdachtsunabhängigen Kontrollen und Ermittlungen durchführen. Dies schränkt seinen Einsatzspielraum bei der Unterstützung der Länderpolizei erheblich ein. Das Bundesgrenzschutzgesetz muß daher dahingehend ergänzt werden, daß der Bundesgrenzschutz ebenfalls die Möglichkeit erhält, verdachtsunabhängige Kontrollen durchführen zu können.

Arbeitspapier des BAK Polizei

Der Bundesarbeitskreis Polizei wird im Sommer ein Arbeitspapier vorlegen, das Anregungen und Forderungen zur kriminalpräventiven wie auch polizeilichen Arbeit enthalten wird.

Der Bundesarbeitskreis Polizei bittet daher alle Landesarbeitskreise Polizei, Polizei arbeitskreise und sachkundigen CDU-Mitglieder, sich mit Ideen und Vorschlägen an die **Geschäftsstelle des Bundesarbeitskreises Polizei (CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Innenpolitik, Geschäftsstelle des Bundesarbeitskreises Polizei, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn)** zu wenden. ■

Nicht jammern, sondern das Abfallrecht vollziehen

Zur Kritik von Kommunalpolitikern am Kreislaufwirtschaftsgesetz erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerhard Friedrich:

1. Die Betreiber einiger Müllverbrennungsanlagen machen das neue Abfallrecht dafür verantwortlich, daß ihre Anlagen nicht mehr ausgelastet sind. Sie behaupten, das Kreislaufwirtschaftsgesetz habe „Teile der Entsorgungswirtschaft privatisiert“ (so zum Beispiel Sprecher der Stadt München). Dies ist schlicht falsch. Der Bundesrat hat durchgesetzt, daß der sogenannte Anschluß- und Benutzungszwang bei Abfällen zur Beseitigung nicht eingeschränkt wird.

Die Abfallerzeuger und -besitzer sind nur für die Verwertung verantwortlich. Bei diesen „Sekundärrohstoffen“ handelte es sich früher um frei handelbare Wirtschaftsgüter. Erst seit dem Inkrafttreten des Kreislaufwirtschaftsgesetzes handelt es sich um „Abfälle zur Verwertung“. Nunmehr besteht die Möglichkeit, auch Verwertungsprozesse nach dem Abfallrecht zu überwachen.

2. Der Bund hat sich bei der Formulierung von Auslegungshilfen erfolgreich dagegen gewehrt, daß Kommunen mit überdimensionierten Anlagen verlangen können, daß ihnen alle gemischten Abfälle abgedient werden. Der im Gesetz verankerte Vorrang der Verwertung bedeutet im Gegenteil, daß verwertbare Teile des Abfalls aussortiert werden müssen und dürfen. Auch wir haben Hinweise, daß gewerbliche Abfälle ohne nennenswerte verwertba-

re Anteile als „Abfälle zur Verwertung“ privaten Entsorgern überlassen und von diesen in Billigdeponien (zum Beispiel in den neuen Bundesländern) vergraben werden. Nach dem Bundesimmissionsgesetz, jetzt auch nach dem neuen Abfallrecht, haben die Kreisverwaltungsbehörden die Möglichkeit, zu kontrollieren, ob tatsächlich nennenswerte Anteile aussortiert und verwertet werden. Wir empfehlen also: Nicht jammern und schimpfen, sondern kontrollieren. Dazu sind viele offensichtlich zu bequem.

3. Bei der Verabschiedung der Technischen Anleitung Siedlungsabfall haben die Finanz- und Wirtschaftspolitiker eine achtjährige Übergangsfrist durchgesetzt: Wo ausreichende Behandlungskapazitäten fehlen, ist es ausnahmsweise noch möglich, Material zu deponieren, das die strengen Anforderungen (zum Beispiel TOC-Gehalt bzw. Glühverlust) nicht erfüllt. Viele Länder lassen es derzeit noch generell zu, daß gar nicht oder nicht ausreichend behandeltes Material deponiert wird. Diese Chance nutzen die Betreiber technisch veralteter oder überdimensionierter Deponien. Sie versuchen, ihre Anlagen bis Mitte 2005 zu füllen, um noch einmal abzukassieren oder um wenigstens Investitionen zu refinanzieren. Länder, die die Technische Anleitung Siedlungsabfall großzügig interpretieren, sind deshalb selbst schuld, wenn in Deutschland Müllverbrennungsanlagen nicht ausgelastet sind. Länder, die das Abfallrecht im Interesse der Umwelt streng vollziehen, bzw. ihre Kommunen, kommen dadurch in Bedrängnis.

Wenn die Länder die Technische Anleitung Siedlungsabfall wenigstens nach Ablauf der Übergangsfrist ernst nehmen, wird ein Teil des scheinbar verschwundenen Mülls wieder vor den Verbrennungsöfen auftauchen. In Niedersachsen wurde allerdings das Deponieren nicht ausreichend vorbehandelten Materials schon bis 2020 genehmigt. Dies ist nicht nur schlicht rechtswidrig, sondern auch umweltpolitisch unverantwortlich.

4. Auch wir haben größte Bedenken, wenn Reststoffe nicht nur mit einem hohen Heizwert, sondern auch einem hohen Schadstoffgehalt in belgischen Zementwerken ohne anspruchsvolle Rauchgasreinigung „energetisch verwertet“ werden. Unser Gesetz unterscheidet zwischen der Verbrennung mit dem (vorrangigen) Ziel der Schadstoffvernichtung („Beseitigung“) und der Verbrennung als Maßnahme der „energetischen Verwertung“. Wir unterstützen Behörden, die gegen diese „Verwertung“ einschreiten, weil im konkreten Fall die Abfallbehandlung (Schadstoffvernichtung in Anlagen mit anspruchsvoller Rauchgasreinigung) nach dem Gesetz Vorrang hat. Die EU-Kommission will dies beanstanden, weil

das EU-Recht diese Differenzierung nicht kennt. Hier sollten wir in Kauf nehmen, daß wir beim Europäischen Gerichtshof verklagt werden. Auch der Rat hat die Kommission schon aufgefordert, für eine umweltpolitisch sinnvolle Abgrenzung zwischen energetischer Verwertung und thermischer Behandlung zu sorgen.

Solange Kommunalpolitiker Probleme hatten, Müllverbrennungsanlagen und Deponien gegen den Widerstand vor Ort durchzusetzen, haben sie uns Tag und Nacht vorgeworfen, daß wir zu wenig unternehmen, um das Vermeiden und Verwerten von Abfällen zu erzwingen.

Seit die gemeinsamen Bemühungen, die Restmüllmengen zu reduzieren, erfolgreich sind, jammern viele Kommunen nur noch über zu wenig Abfall, hohe Kosten und damit für den Bürger unzumutbar hohe Müllgebühren.

Trotzdem gibt es keinen Anlaß, im Abfallrecht das Ruder erneut herumzureißen. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz und die dazu erlassenen Verordnungen enthalten ausreichende Rechtsgrundlagen, um zu überprüfen, ob die Verwertung tatsächlich und in einer umweltverträglichen Weise erfolgt.

Internet & Politik

ist das Thema der ersten Veranstaltung einer Reihe von Fachkonferenzen der Politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, die sich mit „Innovation durch Telekommunikation“ befassen.

Wie andere gesellschaftliche Bereiche bedient sich auch die Politik des Internets als einer neuen Präsentations- und Kommunikationsplattform. Immer häufiger wird die Frage diskutiert, welche Auswirkungen

sich daraus für unsere demokratische Gesellschaft ergeben.

Die Fachkonferenz findet am 17. März im Wissenschaftszentrum in Bonn statt.

Einzelthemen:

- Internet and public participation
- Demokratie durch Internet?
- Verändert das Internet unsere Gesellschaft?
- Internet und politische Kultur.

Für Sicherheit – mit klarem Kurs

Eine Woche der Entscheidungen hat der Landesverband Berlin hinter sich. Den Auftakt bildete die Landesvertreterversammlung für die Wahl der Landesliste zum Deutschen Bundestag. Am Tag darauf wählte der Landesparteitag einen neuen Landesvorstand, und fünf Tage später konnte sich die Regierungskoalition auf eine grundlegende Verwaltungs- und Bezirksgebietsreform in der deutschen Hauptstadt einigen.

Mit Rupert Scholz, Sabine Bergmann-Pohl und Günter Nooke an der Spitze der Landesliste schickt die Berliner Union ein glaubwürdiges und kompetentes Team ins Rennen um die Sitze im nächsten Bundestag. Dabei geht es bei der bevorstehenden Wahl für Berlin um mehr als je zuvor. Der 14. Deutsche Bundestag wird künftig in Berlin arbeiten, und die Wahlentscheidung der Berliner wird auch eine Entscheidung über das Ansehen der künftigen Regierungshauptstadt sein. Die Union wird deshalb einen Schwerpunkt auf die Verhinderung kommunistischer Direktmandate im Ostteil der Stadt legen.

Unter dem Motto „Für Sicherheit – mit klarem Kurs. Die Berlin-Partei“ fand der 14. Landesparteitag der Berliner CDU statt, auf dem ein neuer Landesvorstand gewählt wurde. An der Spitze der Partei steht auch für die kommenden zwei Jahre

der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen. Neuer Generalsekretär wurde der Parlamentarische Geschäftsführer der Abgeordnetenhausfraktion, Volker Liepelt. Das 21köpfige Führungsgremium der Landespartei wird sich nun den bevorstehenden drei Wahlkämpfen widmen, um die CDU als stärkste Partei in Berlin zu behaupten.

Eine Woche der Entscheidungen: CDU will sich als stärkste Partei in Berlin behaupten.

Nach zähem Ringen mit der SPD konnte sich schließlich die Koalition auf eine grundlegende Verwaltungs- und Bezirksgebietsreform in Berlin einigen. Nach den Wahlen in 1999 werden die bisher 23 Bezirke der Hauptstadt im Zuge einer zweijährigen Übergangsphase zu 12 neuen Bezirken fusioniert. Diese werden dann ab 2001 in ihren neuen Grenzen voll funktionsfähig sein. Die Bildung von politisch selbstständigen Gemeinden innerhalb Berlins konnte gegen den Widerstand der SPD zunächst verhindert werden. Aus Sicht der Union ist der Erhalt der sogenannten Einheitsgemeinde unverzichtbar für die soziale und wirtschaftliche Gesamtentwicklung der Hauptstadt.

Das Brandenburger Volksbegehren gegen den Transrapid ist gescheitert

Das Brandenburger Volksbegehren gegen die Magnetschnellbahn Transrapid Berlin – Hamburg ist gescheitert. Statt der notwendigen 80.000 Unterschriften kamen nur 69.570 gültige zusammen, wie der Landesabstimmungsausschuss am 3. März in Potsdam mitteilte. Bereits im Juni vergangenen Jahres hatte der Potsdamer Landtag eine Volksinitiative gegen die Magnetbahntrasse abgewiesen. Daraufhin fand vom 20. Oktober 1997 bis zum 19. Februar 1998 das Volksbegehren statt.

Dirk Fischer alter und neuer Landeschef der Hamburger CDU

Dirk Fischer ist alter und neuer Landeschef der Hamburger CDU. Die Delegierten des Landesausschusses bestätigten ihn am 21. Februar mit 150 Ja-Stimmen bei 50 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen erneut in seinem Amt. Auch seine vier bisherigen Stellvertreter wurden wiedergewählt.

Das beste Ergebnis erzielte der Fraktionsvorsitzende Ole von Beust mit 174 Ja-Stimmen, gefolgt vom Bundestagsabgeordneten Gunnar Uldall, der stellvertretenden CDA-Bundvorsitzenden und Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten Antje Blumenthal und der Bundestagsabgeordneten Birgit Schnieber-Jastram.

Fischer, der seit Februar 1992 den Hamburger Landesverband führt, nahm den Parteitag zum Anlaß für deutliche Worte gegen den seit September 1997 in Hamburg regierenden rot-grünen Senat: „Die ersten 100 Tage des rot-grünen Senats lassen uns nur mit Grausen an die restlichen 1.300 Tage dieser Koalition denken.“

Hamburg stehe vor dem Scherbenhaufen einer verfehlten Bildungspolitik, soziale Konflikte kochten hoch, und die Stadt sei eine Metropole des organisierten Verbrechens. Die Regierungskoalition handele trotz dieser Probleme nicht entschlossen und weitsichtig, sondern nach dem Motto: Wer nichts tut, macht keine Fehler. Damit verschlefe Hamburg entscheidende Jahre.

Mit Blick auf die Bundestagswahl am 27. September sagte Fischer: „In einer Phase weltweiter Veränderungen kann sich unser Land kein Links-Bündnis aus Rot-Grün leisten. Denn: Markenzeichen von Rot-Grün sind Konflikt und Handlungsunfähigkeit. Wo Rot-Grün regiert, rührt sich nichts mehr.“ Eine solche Koalition sei kein Motor für die Zukunftspolitik, sondern eine Wegfahrsperrung. Ziel der Hamburger CDU für den bevorstehenden Wahlkampf sei es, so Fischer, mehr Direktmandate zu erlangen und die Bundestagswahl zur einer Denkkettel-Wahl für den rot-grünen Senat zu machen. ■

Mit FRISCHLUFT e.V. die Lizenz zum Jugendleiter

Der Landesverband NRW bietet in Koordination mit dem Frischluft Bildungs- und Freizeitwerk NRW e.V. die Ausbildung zum Jugendleiter an. Dieser Lehrgang mit 40 Unterrichtsstunden findet an zwei Wochenenden in Bonn statt, die zusammen belegt werden müssen. Die Teilnehmer widmen sich dabei nicht nur den theoretischen Grundlagen, sondern erlangen auch Kenntnisse über Fahrorganisation, Öffentlichkeitsarbeit und verschiedene Spielformen. Der

nächste Kurs findet vom 13. bis 15. März und vom 3. bis 5. April in Soest statt. Fahrtkosten können bis max. 100 DM erstattet werden. Der Lehrgang kostet 75,00 DM für Mitglieder inklusive Unterkunft, Verpflegung und Lehrmaterial.

**Nähere Informationen:
Frischluff e.V.,
Annaberger Straße 283,
53175 Bonn,
Tel. (02 28) 31 00 23 und
Fax (02 28) 31 47 03**

CDU NRW klagt gegen AStA-Gesetz

Gegen das von der rot-grünen Landesregierung eingeführte Universitäts- und Fachhochschulgesetz hat die CDU-Landtagsfraktion NRW beim Landesverfassungsgerichtshof in Münster Klage eingereicht.

Wie der wissenschaftspolitische Sprecher der Fraktion Manfred Kuhmichel und der Justizexperte Heinz Paus erklärten, versucht die Landesregierung mit diesem neuen Gesetz das allgemeinpolitische Mandat der Allgemeinen Studentenausschüsse (ASten) „durch die Hintertür“ einzuführen. „Jeder Student muß Beiträge für die Studentenvertretung entrichten. Diese Gelder dürfen nicht zur beliebigen politischen Agitation verwendet werden“, erklärten beide CDU-Politiker.

Die Novelle, die den ASten größere allgemeinpolitische Betätigungsspielräume verschaffen soll, wird von der CDU-Landtagsfraktion als Gefälligkeitsgesetz für rot-grüne Hochschulklientel kritisiert. Eine kleine radikale Minderheit will durch

das allgemeinpolitische Mandat auf dem Rücken der studentischen Mehrheit ihre Demagogie rechtfertigen.

Rechtsverstöße linksorientierter ASten wie die Verherrlichung von Terrorbanden wie RAF und PKK oder Anzeigen mit dem Ziel, Wehrdienstleistende als Mörder zu diffamieren, sollen als legitime allgemeinpolitische Teilhabe erscheinen. Es ist nicht hinzunehmen, daß Studentenausschüsse zum Beispiel Kampagnen gegen Castor-Transporte finanzieren oder organisieren.

„Sollte auch in Zukunft das hochschulpolitische Mandat für ideologische Zwecke mißbraucht werden, steht die Existenzberechtigung der ASten im nächsten Schritt zur Disposition“, unterstreicht Manfred Kuhmichel die CDU-Forderung.

Nach einem rechtswissenschaftlichen Gutachten verstoße die AStA-Novelle in letzter Konsequenz gegen die Verfassungsprinzipien der Vereinigungs- und der Forschungsfreiheit sowie gegen das Demokratieprinzip. „Es ist unzumutbar, das die ASten mit den Zwangsbeiträgen der Studenten in Narrenfreiheit zu allen Fragen der Weltpolitik Stellung beziehen könnten“, so Heinz Paus abschließend.

Maschinenbau in Ilmenau studieren

Absolventen der Fachrichtung Maschinenbau sind auf dem Arbeitsmarkt gefragt. Bekannte Unternehmen, aber auch kleine und mittelständische Firmen wollen Ingenieure einstellen, doch die Universitäten können den Bedarf nicht decken.

Somit wird das Studium attraktiver, weil die Berufschancen steigen, wie die Technische Universität Ilmenau mitteilte. Die Fakultät für Maschinen-

bau der thüringischen Universität hat sich den Angaben zufolge auf diese Entwicklung eingestellt und bietet eine Ausbildung in fünf Studiengängen: Allgemeiner Maschinenbau und Fahrzeugtechnik, Feinwerktechnik, Konstruktionstechnik, Produktionstechnik/Umwelttechnik, Prozeß-Meß- und Sensortechnik. Nach Angaben der Universität gibt es keine Zulassungsbeschränkungen. Die Regelstudienzeit beträgt zehn Semester.

Argumente

Zum Studium
in den neuen
Bundesländern

– Eine Informationskampagne des RCDS –

Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers am 25. November 1997 im Deutschen Bundestag: „Die Hochschulen in den neuen Ländern brauchen den Vergleich mit denen der alten Länder nicht zu scheuen. Die Studienbedingungen sind im Osten vielerorts traumhaft im Vergleich zu den überfüllten Hörsälen im Westen. Während sich in den alten Ländern 16 Studenten einen Dozenten teilen müssen, sind es in den neuen Ländern nur 8.“

Die Folgerung des Bundesministers

**„Diesen Vorteil
sollten die Studenten
intensiver nutzen!“**

hat der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) zum Motto einer Informationskampagne gemacht:

**Hervorragende
Praxis- und Arbeits-
platzorientierung**

● An der Uni Jena z. B. ist im Fach Betriebswirtschaftslehre ein sechsmonatiges Praktikum Pflicht. Das Praktikantenamt der Fakultät vermittelt Praktika bei Firmen im gesamten Bundesgebiet.

● Diplomarbeiten der Ingenieurstudiengänge der TU Chemnitz werden häufig in Industriebetrieben geschrieben, die Absolventen nicht selten „von der Hörsaalbank weg“ engagieren.

**Auslandskontakte
groß geschrieben**

● Die Viadrina in Frankfurt an der Oder schlägt die Brücke nach Polen.

● Die Uni Greifswald knüpft in der neugebildeten EuroRegion Pomerania an traditionell bestehende Beziehungen zu Skandinavien, zum Baltikum und zu den mittelosteuropäischen Staaten an.

● Am Internationalen Hochschulinstitut Zittau in der EuroRegion Neiße werden Studenten, die ihr Grundstudium an einer deutschen, polnischen oder tschechischen Universität bereits abgeschlossen haben, auf länderübergreifende berufliche Tätigkeiten vorbereitet. Fester Bestandteil der Studiengänge Betriebswirtschaft und Wirtschaftsingenieurwesen sind betriebliche Praktika in den Nachbarländern Polen und Tschechien.

● Die TU Dresden nimmt am „European Credit Transfer System“ (ECTS) teil. Das Programm erleichtert den Hochschulwechsel innerhalb Europas dadurch, daß mit Hilfe einer Umrechnungstabelle Studienleistungen in Punkte „übersetzt“ werden können, die wie eine gemeinsame Währung Leistungen im In- und Ausland vergleichbar machen.

● In den Fächern Informatik und Computational Logic an der TU Dresden kann neben dem üblichen Diplom der international gültige Abschluß eines „Master of

Science“ erworben werden. An dem vom Bundesbildungsministerium finanzierten Programm „International ausgerichteter Studiengänge“ nimmt mit dem Studiengang Wirtschaftswissenschaften auch die Uni Magdeburg teil.

- In Forschung und Lehre arbeitet die Uni Jena auf der Grundlage von Vereinbarungen auf Universitäts-, Fakultäts- und Institutsebene mit mehr als 100 Universitäten, Hochschul- und Forschungseinrichtungen im Ausland zusammen. Mit über 100 europäischen Universitäten ist im Rahmen des europäischen Programms SOKRATES auch der Austausch von Studierenden und Lehrenden vereinbart worden.

Reichlich Wohnheimplätze

Für 1.567.813 Studenten stehen nach Angaben des Deutschen Studentenwerks (Stand: 1. 10. 1996) in den alten Bundesländern 181.779 Wohnheimplätze zur Verfügung, also Wohnheimplätze für 11,59 Prozent der Studenten. In den neuen Bundesländern sind dagegen 31,8 Prozent aller Studenten versorgt: 158.236 Studenten mit 50.334 Wohnheimplätzen.

Das Urteil der Studenten

Die TU Chemnitz-Zwickau belegt in der Gunst der Studenten bundesweit den ersten Platz. Auf den Plätzen 4 und 6 folgen nach „Focus“ (25/1997): TU Bergakademie Freiberg und die Uni Leipzig. Die Kriterien: Betreuung durch das Lehr-

personal, Lehrinhalte, Räume, Bibliothek, Ausstattung mit Computern.

Neue Technologien

- Alle Zimmer der Studentenwohnheime in Chemnitz haben Internet-Anschluß. Kosten: fünf Mark pro Semester.
- Bei der Einschreibung erhält jeder Student seine eigene E-Mail-Adresse.
- Chemnitz ist die erste und bisher einzige Uni, an der Doktorarbeiten ins Internet eingestellt werden können. Die sonst üblichen Pflichtexemplare entfallen.
- Seit 1995 bietet die TU Chemnitz-Zwickau das Aufbaustudium "Informati-ons- und Kommunikationssysteme" über das Internet an.

Forschung

- Rund 140 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen hat das Bundesbildungsministerium in den neuen Bundesländern gezählt, darunter 22 Institute, Außenstellen und sonstige Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft sowie 11 Institute und 27 Arbeitsgruppen der Max-Planck-Gesellschaft.
- Eine Besonderheit sind die „Innovationskollegs“, in denen hochqualifizierte Wissenschaftler verschiedener Disziplinen auf neuen Feldern – auch in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft – forschen können.
- Forschungsschwerpunkte in den neuen Bundesländern: neue Werkstoffe, Informationstechnologie, Mikroelektronik, Biotechnologie, Umweltforschung, Geowissenschaften, Gesundheitsforschung.

Nähere Auskünfte zur Informationskampagne des RCDS: Matthias Holdt, Friesdorfer Straße 149, 53175 Bonn, Fax: 02 28/38 44 25, E-Mail: rcds.stuplatausch@t-online.de.

Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Egal ob Großwasserrutschen, Saunalandschaften, Westernstädte oder Safariparks: Erlebnis- und Freizeitparks erfreuen sich einer großen Beliebtheit und weisen steigende Besucherzahlen auf. Unternehmer haben dieses Kundeninteresse längst für sich entdeckt und mit einer Vielzahl an touristischen Projekten bereits reagiert. Die Konrad-Adenauer-Stiftung stellt die damit zusammenhängenden Fragen in den Mittelpunkt einer ihrer Veranstaltungen in Sachsen-Anhalt.

Thema/Termin/Ort:

**8. Dessauer Symposium
Erlebniswelten –
Tourismuskonzept in den neuen
Bundesländern**

17. März 1998

Veranstaltungsort:

Bauhaus Dessau

(VA-Nr. W. 38)

Einige der Themen:

- Von der Erfahrung zum Erlebnis – Entwicklungen im Freizeitverhalten
- Neue Erlebnis-Welten
- Freizeitparks unter die Lupe genommen
- ▶ Center Parc Bisingen
- ▶ Karl May Land
- Im Wildwasser der Wettbewerbe – Tourismus-Konzepte für die neuen Bundesländer

**Weitere Informationen/
Anmeldungen:**

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum
Schloß Wendgräben
Wendgräbener Chaussee 1
D-39279 Wendgräben
Fax Nr. 03 92 45/9 52-2 06**

Richtigstellung zur CDU-Dokumentation 4/98:

In der Tabelle auf Seite 31 hat sich ein Rechenfehler eingeschlichen. Auf der Grundlage der Tabelle von Seite 15 muß es richtig lauten:

**Beitrag des Steuerpflichtigen zum Einkommensteueraufkommen
1996**

Die oberen . . . Prozent der Steuerpflichtigen	Einkommen in . . . DM pro Jahr	zahlen . . . Prozent des Einkommensteueraufkommens
1	über 250.000	24,6
10	über 100.000	50,0

Der vorhergehende Absatz beginnt dann wie folgt:

Allein das obere Zehntel trägt die Hälfte des Einkommensteueraufkommens, . . .

Pro Tag zwei Neueintritte

Es boomt weiter mit neuen Mitgliedern beim CDU-Kreisverband Schleswig-Flensburg. Auf einem Kreisparteitag in Schleswig konnte der Kreisvorsitzende Wolfgang Börnsen stolz verkünden, daß derzeit pro Tag zwei Neueintritte bei der Kreisgeschäftsstelle eingehen, 76 Neumitglieder in 38 Tagen.

Damit wird in diesem Kreisverband ein Trend bestätigt, der im Vorjahr zu über 270 und 1996 zu 202 Neumitgliedern geführt hatte. In vier Jahren über 800 neue Mitglieder, davon über die Hälfte unter 30 Jahren, so die Bilanz des nördlichsten CDU-Kreisverbands.

In Anwesenheit des Hamburger Oppositionsführers Ole von Beust wurde von Kreisgeschäftsführer Carl Andresen außerdem auf die Gründung von drei weiteren Ortsverbänden in Freienwill, Dollerup und Hürup hingewiesen, so daß die Anzahl der Ortsverbände im Kreisverband auf 101 angestiegen ist.

Ein Rekord konnte auch mit der Anmeldung von 85 CDU-Listen zur Kommunalwahl im Kreis Schleswig-Flensburg verkündet werden. Kandidatenaufstellungen

Partei aktiv

in so vielen Gemeinden hatte es in den vergangenen 45 Jahren noch nie gegeben

Bürgerinnen und Bürger zeigen Flagge für die CDU, so Wolfgang Börnsen, der darauf verwies, daß damit die Union im Kreis Schleswig-Flensburg mit über 1.000 Frauen und Männern als Bewerber zur Kommunalwahl antritt. Von Politikverdruß und Parteienabstinz kann hier zwischen der Flensburger Förde und der Schleswiger Schlei wahrlich nicht die Rede sein.

Neue Ausführung – Neuer Preis

● CDU-Pavillon

Die neue Ausführung des CDU-Pavillons zu dem sagenhaft günstigen Preis von 79,- DM kann jetzt bequem in jedem Auto transportiert werden. Durch das verringerte Packmaß (Breite 1,20 m) läßt sich der neue CDU-Pavillon entweder auf der Rückbank oder im Kofferraum transportieren.

Der Pavillon besteht aus weißem Stahlrohrgestell, welches in wenigen Minuten durch einfache Steckverbindungen aufgebaut werden kann. Die weiße Zeltplane aus Polyäthylen ist UV-beständig, abwaschbar und serienmäßig mit dem Schriftzug CDU auf drei Seiten des Pavillons bedruckt. Mit dem CDU-Pavillon können Sie innerhalb weniger Minuten die perfekte Aktionsfläche für Ihren Canvassing-Stand aufbauen.

● CDU-Pavillon ohne Seitenteil

Bestell-Nr.: 0924

Preis je Pavillon: 79,- DM

● Seitenteil für CDU-Pavillon

Zusätzlich können Sie Ihren Pavillon auch mit einem oder mehreren Seitenteilen bestücken. Das Seitenteil für den CDU-Pavillon kann universell an einer der vier Seiten eingebaut werden.

Bestell-Nr.: 0925

Verpackungseinheit: 1 Stück

Preis je Seitenteil: 11,90 DM

● Füllständer für Pavillon

Falls Sie die Standfestigkeit des Pavillons erhöhen wollen, tauschen Sie einfach die serienmäßigen Stellfüße gegen die Füllständer aus. (Für jeden Pavillon werden 4 Füllständer benötigt)

Bestell-Nr.: 0459

Preis je Füllständer: 12,80 DM



**CDU-
Pavillon
79,- DM**

Durch das verringerte Packmaß (Breite 1,20 m), läßt sich der CDU-Pavillon auf der Rückbank oder im Kofferraum transportieren.



CDU CDU



**Seitenteil
11,90,- DM**

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand

Bestellungen an:

per Post: IS-Versandzentrum

Postfach 11 64

33759 Versmold

Fax (0 54 23) 4 15 21

E-Mail: georg.simon@bertelsmann.de

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

„Schlußlicht“: Eine General-

auseinandersetzung mit der SPD

Wie Lafontaine, Schröder & Co den Abstieg organisieren

Eine Analyse der SPD-Politik in Deutschland zeigt: Lafontaine, Schröder & Co. bilden das Schlußlicht. In entscheidenden Zeiten des Umbruchs ist die SPD nicht in der Lage, die Zeichen der Zeit zu erkennen und unserem Land einen Dienst zu erweisen.

„Schlußlicht“
Dokumentation DIN A4

Bestell-Nr.: 5317
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 36,00 DM

Schlußlicht



Wie Lafontaine, Schröder & Co. den Abstieg organisieren

Eine Dokumentation zur SPD-Politik

WIR GESTALTEN
ZUKUNFT! **CDU**

Schlußlicht



Wie Lafontaine,
Schröder & Co.
den Abstieg
organisieren

WIR GESTALTEN
ZUKUNFT! **CDU**

▲ „Schlußlicht“
Kurzfassung
DIN A6
Bestell-Nr.:
5324
Verpackungseinheit:
100 Expl.
Preis je
100 Expl.:
27,00 DM

UiD

7/1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. Vertrieb: Tel. (02 28) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Proffittich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: **VVA** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.